



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN



Foto: Jaromar Chalabala

Abschied vom Braunen Gold

Deutschlands Klimaschutzziele und das Rheinische Braunkohlerevier

Von Patrick Graichen, Gerd Rosenkranz und Philipp Litz

Seit dem historischen Klimaabkommen von Paris ist absehbar: Die Energieversorgung wird von nun an weltweit unter der Prämisse von Treibhausgasneutralität und Dekarbonisierung diskutiert. Für Deutschland als traditionelles Kohleland und als Land der Energiewende stellt dies eine besondere Herausforderung dar. Denn die für 2020, 2030, 2040 und 2050 fest-

gelegten Klimaziele bedeuten letztlich den Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Der Berliner Think Tank „Agora Energiewende“ hat im Januar 2016 mit „Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens“ (<http://k-urz.de/4390>) einen Vorschlag vorgelegt, wie ein schrittweiser Ausstieg aus der Kohleverstromung aussehen könnte. Ziel des Impulspapiers

ist ein parteiübergreifender und auch gesellschaftlich breit verankerter Konsens, der allen Beteiligten Planungssicherheit und Verlässlichkeit gibt. Der Ausstieg binnen etwa 25 Jahren soll einen sozial ausgewogenen, wirtschaftlich verträglichen und fair gestalteten Übergang in das neue Energiesystem ebnen.

→ weiter auf Seite 3



Foto: Gordon Bussiek



Foto: Marc Darchinger



Foto: Ralph Goldmann

Energiepolitik

- Braunkohle versus Klimaschutz → Seite 1
- Stromkonzerne und Energiewende → Seite 5
- Kohle aus Südafrika → Seite 6

Aus der Stiftung

- Stiftungsjubiläum → Seite 2
- Abschied von der Stiftung: Interview mit Eberhard Neugebohrn → Seite 14

Wirtschaft

- Freihandel: → Seite 8
- Unternehmen gegen Staaten → Seite 12

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

2016 feiert unsere Stiftung ihren 15. Geburtstag. Das ist ein Grund zur Freude – für uns, für die Landesregierung, aber vor allem für die vielen Nichtregierungsorganisationen aus dem Umwelt- und Entwicklungsbereich, für die sich 2001 ein lange gehegter Wunsch erfüllte. Nachdem zuvor schon die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung und ähnliche Stiftungen in Niedersachsen und in Baden-Württemberg das bürgerliche Engagement mit Überschüssen aus Wetteinnahmen gefördert hatten, wurde dies nach einer Vereinbarung im rot-grünen Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2000 auch in NRW möglich.

Der Bedarf war offensichtlich sehr groß. Bereits in den ersten 15 Monaten der Stiftungstätigkeit wurden fast 260 Förderanträge gestellt. Mehr als 50 Prozent davon wurden bewilligt, mit einem Fördervolumen von insgesamt 9,5 Millionen Euro. Dass die Stiftung viele Anträge ablehnen musste, lag weniger an den Antragstellern als vielmehr daran, dass wir unsere Fördervoraussetzungen noch nicht präzise genug formuliert und kommuniziert hatten. Wir haben daraus gelernt – nur einer von vielen Lernprozessen – und uns – hoffentlich – gebessert.

Unsere Stiftung ist parteipolitisch unabhängig und als Stiftung bürgerlichen Rechts nicht an Weisungen der Landesregierung gebunden. Das ist gut und richtig, bedeutet aber keinesfalls, dass sie unpolitisch ist. Die Stiftung orientiert sich an Leitbildern wie der Agenda 21 oder aktuell der 2030-Agenda, also den Zielen für nachhaltige Entwicklung, und steht damit klar für eine Haltung der „Einmischung“, des Engagements für eine nachhaltigere und gerechtere Eine Welt.

Da ist es kaum zu vermeiden, dass es Menschen, Parteien, Interessengruppen oder auch Medienvertreter gibt, die uns kritisch gegenüberstehen. Das ist völlig in Ordnung, und es ist die Aufgabe einer im öffentlichen Raum agierenden Institution, sich dieser Kritik zu stellen, gute Argumente vorzutragen oder auch daraus zu lernen. Und wenn es einmal ganz hart kommt, wie im Jahr 2006, als unsere Stiftung über Monate hinweg angegriffen und als „Spielwiese der Grünen“ bezeichnet wurde, können wir auf breite Unterstützung setzen – durch Vertreter der geförderten Projekte, durch die Kirchen und durch Politiker aller Parteien wie den damaligen CDU-Landesminister Armin Laschet, der in der „FAZ“ auf die Bedeutung der Stiftung für die Internationalität unseres Bundeslandes verwies.

Die Krise hatte auch und vor allem einen finanziellen Hintergrund. Die Überschüsse aus der Oddset-Sportwette waren deutlich zurückgegangen und entsprechend sanken die Zuweisungen an die Stiftung drastisch. Das Team in der Geschäftsstelle wurde erheblich verkleinert, und trotzdem war abzusehen, dass wir noch nicht einmal unsere zuvor eingegangenen Förderverpflichtungen würden erfüllen können.

Die Rettung gelang vor allem durch den damaligen Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, den CDU-Politiker Karl Lamers, der sich bei der Landesregierung für eine ausreichende finanzielle Ausstattung einsetzte. Ein verändertes



Foto: Stephan Born

Finanzierungssystem hat uns nach mehreren „kargen“ Jahren die Planungssicherheit verschafft, um bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Umwelt und Entwicklung verlässlich zu fördern. Wie es damit nach den Landtagswahlen 2017 aussehen wird, hängt auch davon ab, welche Rolle unsere Zukunftsthemen im Wahlkampf spielen.

Die Stiftungsgeschichte ist eng mit Eberhard Neugebohrn verbunden. Er führt nicht nur die Geschäfte seit 2004, sondern steuerte die Stiftung auch durch eine schwere Krise. Früh hat er erkannt, dass die Stiftung ihre Position in der Öffentlichkeit und im politischen Raum stärken muss. Daraus zog er die Konsequenzen: Er brachte die Stiftung nach vorne durch öffentliche Auftritte, durch stiftungseigene Veranstaltungen, durch viele Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verbänden und durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. Dafür mag beispielhaft dieser Rundbrief stehen, der sich von einem kleinen Heft zur Darstellung ausgewählter Projekte zu einer Publikation entwickelt hat, die anspruchsvolle Beiträge zu aktuellen gesellschaftlichen Diskursen liefert.

Eberhard Neugebohrn hat sich als ein politischer Geschäftsführer verstanden, er hat sich eingemischt. Und er war immer mit Herzblut dabei, wie etwa beim Flüchtlingsthema, wo er vehement für eine menschliche Haltung gegenüber jenen eingetreten ist, die sich aus großer Not auf den gefährlichen Weg zu uns begeben.

Eberhard Neugebohrn wird die Stiftung im Herbst verlassen und den wohlverdienten (Un) Ruhestand antreten. Es ist kaum vorstellbar, dass er sich nicht auch künftig in gesellschaftliche Debatten einmischen wird. Wir danken ihm sehr herzlich für seine nicht immer leichte Arbeit und wünschen ihm alles erdenklich Gute!

Ihr Alfred Buß

Vorsitzender des Stiftungsvorstands



Foto: Cynthia Rühmkorf

Man war sich nicht immer zugeneigt, aber einigte sich doch auf die Gründung der Stiftung Umwelt und Entwicklung: Ministerpräsident Wolfgang Clement und NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn im Dezember 2001 bei der Eröffnungsfeier im Haus der Stiftung.



Foto: Hans Blosser

Damit Deutschland seine Klimaschutzziele erreicht, müssen die Fördermengen in den verbleibenden Tagebaugebieten, wie hier in Garzweiler, reduziert werden.

→ Fortsetzung von [Seite 1](#)

Um das zu erreichen, muss ein besonderes Augenmerk auf Braunkohletagebaue und -kraftwerke sowie auf den regionalen Strukturwandel gerichtet werden. Denn die drei Braunkohlereviere am Niederrhein, in der Lausitz und in Mitteldeutschland sind so etwas wie die Hotspots der Energiewende, die flächendeckend in ganz Deutschland stattfindet.

Kohle: viel Tradition, wenig Zukunft

Ohne die heimische Stein- und Braunkohle hätte weder die frühe Industrialisierung des 19. noch die umfassende Elektrifizierung Deutschlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts stattfinden können. Auch im weiteren Verlauf blieb sie der wichtigste Motor für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und für den Aufbau einer Montanindustrie, ohne die dem Industriestandort Deutschland die Basis gefehlt hätte. Doch nun neigt sich das Kohlezeitalter unter dem Imperativ des Klimawandels seinem Ende zu. Die Chancen stehen gut, dass dies sogar mit einer erfolgreichen Modernisierung und einer weiteren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts einhergeht.

Bis 2020 sollen die nationalen Treibhausgasemissionen nach den Beschlüssen der Bundesregierung um mindestens 40 Prozent unter das Niveau von 1990 sinken, bis 2030 um mindestens 55 Prozent, bis 2040 um mindestens 70 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent. Um

die Klimaschutzziele zu erreichen, werden die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut. 2015 stammte schon fast ein Drittel des deutschen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen. Trotz dieses Erfolgs sind die Treibhausgasemissionen aus der Stromerzeugung seit der Jahrtausendwende jedoch kaum gesunken, insbesondere weil immer mehr Strom aus Kohlekraftwerken ins Ausland exportiert wird. Auf Dauer kann Deutschland jedoch nicht Energiewendeland sein und Kohleland bleiben. Ohne zusätzliche nationale Maßnahmen zur Minderung der Emissionen aus dem Stromsektor werden die klimapolitischen Ziele nicht nur kurz-, sondern auch mittel- und langfristig deutlich verfehlt. Der Kohleausstieg ist deshalb ohne Alternative.

Auch international rückt die Frage nach der Zukunft der Kohle immer stärker in den Fokus. Insbesondere befeuern die Beschlüsse des Pariser UN-Klimagipfels im Dezember 2015 die Debatte über die künftige Rolle emissionsintensiver Brennstoffe in der Energieversorgung. Noch wird diskutiert, inwieweit sich das Ziel der internationalen Gemeinschaft, die durchschnittliche globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, auf die deutschen und europäischen Klimaziele auswirken muss. Doch es liegt auf der Hand, dass die auch in Deutschland gefeierte Vereinbarung von Paris zumindest nicht zu einer Absenkung

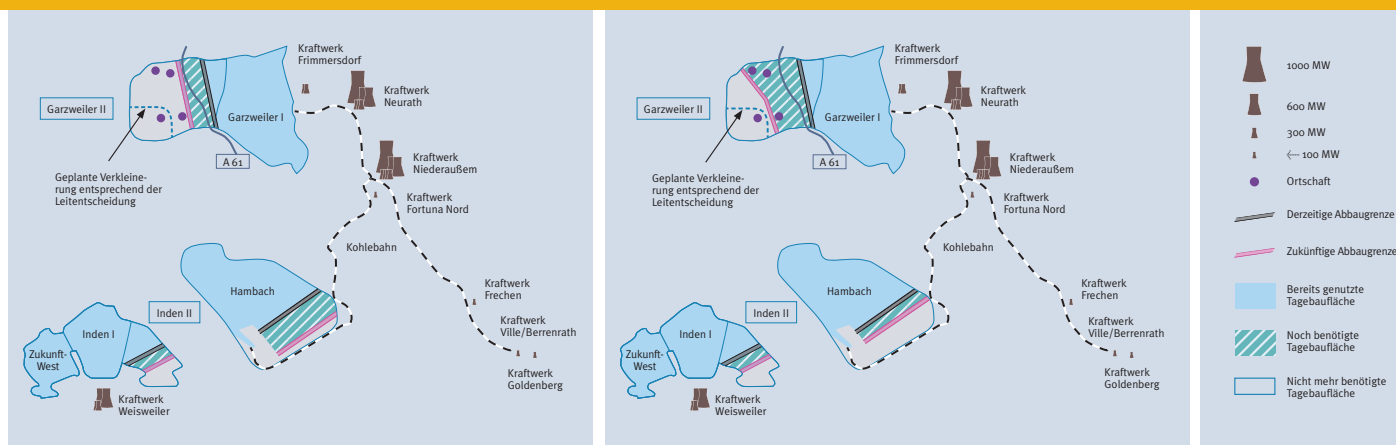
des Ambitionsniveaus der deutschen Klimapolitik führen kann.

Was wird aus dem Rheinischen Revier?

Die von Bundestag und Bundesregierung mehrfach einvernehmlich vereinbarten Klimaschutzziele bedeuten, dass nur noch etwa die Hälfte der bisher zur Förderung genehmigten Braunkohlevorräte verbrannt werden darf. Das ergeben die Berechnungen, die dem Agora-Vorschlag für einen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2040 zugrunde liegen. Demnach muss der Stromsektor seine Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 90 Prozent senken. Damit widerspricht die regionale Braunkohleplanung in den drei deutschen Revieren derzeit erheblich den nationalen Erfordernissen. In NRW ist die kürzlich getroffene Leitentscheidung der Landesregierung zur Verkleinerung der Abbaumenge im Tagebau Garzweiler II ein Schritt in die richtige Richtung. Die verbleibende genehmigte Fördermenge in den Tagebauen Garzweiler, Hambach und Inden ist jedoch nach wie vor zu hoch, wenn der Bund seine Klimaschutzziele einhalten will.

Für das Rheinische Revier bedeutet die bundespolitische Beschlusslage nach den Agora-Analysen, dass die Braunkohleförderung etwa ab Mitte der 2020er-Jahre auf einen der beiden Großtagebaue Hambach oder Garzweiler reduziert werden kann.

→ weiter auf [Seite 4](#)



Infografik: Agora Energiewende

Tagebaunutzung* im Rheinischen Revier bei einer Fokussierung auf den Tagebau Hambach (Option 1)

Soll die Braunkohleförderung auf Hambach konzentriert werden, könnte der Abbau im Tagebau Garzweiler II etwa 2023 enden. Die Förderung im Tagebau Hambach würde noch bis zur Stilllegung der beiden modernsten Kraftwerksblöcke am Standort Neurath im Jahr 2039 fortgeführt. Der Tagebau Garzweiler II würde dann etwa entlang der heutigen Autobahn A 61 enden. Damit könnte über die Orte Holzweiler, Hauerhof und Dackweiler hinaus auf noch weitere Umsiedlungen verzichtet werden.

Tagebaunutzung* im Rheinischen Revier bei einer Fokussierung auf den Tagebau Garzweiler II (Option 2)

Soll dagegen die Braunkohleförderung im weiteren Verlauf auf den Tagebau Garzweiler II fokussiert werden, könnte der Tagebau Hambach ab etwa dem Jahr 2024 stillgelegt werden. Das würde bedeuten, dass ein Teil des Hambacher Forstes erhalten werden könnte.

* Darstellung auf Basis DEBRIV (2016), DIW (2014). Die Darstellung der zukünftigen Tagebaunutzung basiert auf Berechnungen zu den noch verfügbaren und benötigten Braunkohlemengen. Für die Darstellung wurde unterstellt, dass sich die verfügbaren Braunkohlemengen gleichmäßig über die Tagebaufläche verteilen.

Den Strukturwandel aktiv gestalten

Ziel des Agora-Vorschlags ist es, den unausweichlichen Ausstieg aus der Kohleverstromung ohne Strukturbrüche zu gestalten. Das erscheint möglich und auch realistisch, weil zum einen die Zahl der betroffenen Arbeitsplätze insgesamt deutlich kleiner ist als beim bereits weitgehend bewältigten Strukturwandel im westdeutschen Steinkohlebergbau und in den ost- und mitteldeutschen Braunkohlerevieren im Zuge der Wiedervereinigung. Zum anderen erleichtert der für die Transformation zur Verfügung stehende Zeitraum von mehr als 20 Jahren die Aufgabe, den Strukturwandel ohne größere Verwerfungen zu gestalten. Ein kalkulierbarer Übergang erscheint auch wegen der sich weiter zuspitzenden ökonomischen Situation bei RWE ratsam. Angesichts der Altersstruktur der RWE-Kraftwerke und der aktuell und auch in der Perspektive niedrigen Börsenstrompreise gewinnt ein staatlich flankierter, im Konsens vereinbarter Ausstiegsfahrplan auch für das Unternehmen an Attraktivität.

Die folgenden Eckpunkte hält Agora Energiewende bei einem gut strukturierten Ausstieg aus der Kohleverstromung für zentral:

Runder Tisch Nationaler Kohlekonsens:

Der von Agora Energiewende vorgeschlagene Runde Tisch ist eine Bedingung dafür, dass der bereits begonnene Strukturwandel im weiteren Verlauf sozialverträglich, fair und zu möglichst geringen Kosten erfolgen kann. Eine erfolgreiche Umgestaltung der Braunkohleregionen wäre ein wichtiger Nachweis für den Fortbestand des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und gleichermaßen für die Problemlösungskompetenz der Politik.

Gesetzliche Verbindlichkeit:

Eine verlässliche Regelung erfordert ein klares Enddatum für die Kohleverstromung, einen definierten Ausstiegspfad und Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Die Einigung sollte deshalb am Ende des Dialogprozesses in Gesetzesform gefasst und von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden. Agora Energiewende schlägt vor, das Jahr 2040 als Enddatum der Kohleförderung und -nutzung zu wählen. Dies ermöglicht Bergbauregionen und Energiewirtschaft insgesamt einen Übergangszeitraum von fast einem Vierteljahrhundert und der Bundesregierung die Einhaltung ihrer Klimaschutzziele.

Ausstiegsfahrplan:

Auch ohne weitere staatliche Steuerung würden nach und nach alte Kohlekraftwerke abgeschaltet. Die dem Vorschlag zugrunde liegenden Berechnungen zeigen jedoch: Bis 2050 würde so der Klimaschutz-Zielpfad der Bundesregierung insgesamt um etwa eine Milliarde Tonnen CO₂ überschritten – allein im Stromsektor. Daher benötigt der Kohleausstieg einen Fahrplan. Dieser soll dem Grundsatz folgen, dass möglichst geringe volkswirtschaftliche Kosten entstehen. Die Reihenfolge der Stilllegungen sollte sich dazu an den CO₂-Vermeidungskosten orientieren. Vertiefende Analysen ergaben, dass das Alter der Anlagen sich stark auf ihre Effizienz auswirkt und damit auch auf die CO₂-Vermeidungskosten. Daher schlägt Agora Energiewende einen Abschaltplan entlang der Inbetriebnahmejahre der Kraftwerke vor, der im Jahr 2040 mit der Stilllegung der letzten Kraftwerke endet.

Strukturwandelfonds:

Für die betroffenen Regionen geht es um die Zukunftsperspektive einer tragfähigen regionalen Wirtschaftsstruktur ohne die Braunkohle. Im Bundeshaushalt sollte dazu ein „Strukturwandelfonds Braunkohleregionen“ eingestellt werden, der über die gesamte Transformationsphase mit jährlich 250 Millionen Euro ausgestattet wird. Die Aufteilung auf die drei Braunkohlereviere würde sich an der Zahl der betroffenen Arbeitsplätze orientieren. Über die Verwendung der Mittel sollen die Landesregierungen entscheiden, auf deren Territorium derzeit Braunkohle abgebaut wird.

Alles spricht dafür, dass die Debatte über das Ende der Kohleverstromung nicht aufhört. Sie liegt im Interesse aller, auch der Regionen, die die größten Veränderungen bewältigen müssen. Denn Planungssicherheit und Verlässlichkeit sind erste Voraussetzungen für den Aufbruch in die Zukunft. Je früher sich die Beteiligten auf einen gemeinsamen Weg verständigen, umso größer sind die Chancen für den möglichst reibungslosen Übergang.

Agora Energiewende ist ein Geschäftsbereich der gemeinnützigen Smart Energy for Europe Plattform (SEFEP) GmbH. Deren Gesellschafter sind die Stiftung Mercator und die European Climate Foundation. Dr. Patrick Graichen ist Direktor der in Berlin angesiedelten Agora Energiewende, Dr. Gerd Rosenkranz ist Leiter Grundsatzfragen, Philipp Litz ist Referent im Bereich Klimaschutz. Eine ausführlichere Darstellung bietet die Publikation „Was bedeuten Deutschlands Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen?“ → Download unter www.agora-energiewende.de

Nur Verlierer?

Die Energiewende und die Stromkonzerne



Foto: Julian Stratenschulte dpa/lnw

Beinahe könnte man Mitleid bekommen: Als die Bundesregierung vor gut fünf Jahren nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima den Atomausstieg verkündete, wurden die großen Energiekonzerne in Deutschland – E.ON, Vattenfall, RWE und EnBW – kalt erwischt. Schließlich hatte in den Monaten zuvor alles auf eine Laufzeitverlängerung hingedeutet. Gegen die mit dem Ausstieg verbundenen Einnahmeverluste – die Konzerne sprechen von „Enteignung“ – fordern sie bis heute erfolglos Schadenersatz vor verschiedenen deutschen Gerichten. Aktuell läuft eine Grundsatzklage beim Bundesverfassungsgericht, mit einem Urteil wird noch in diesem Sommer gerechnet.

Das Gezeter der Energiekonzerne gegen fehlende „Gerechtigkeit und Fairness“ kann man angesichts der Milliarden Gewinne, die einst mit der riskanten und hoch subventionierten Atomenergie gemacht wurden, getrost ignorieren. Doch auch ein anderes Standbein droht in den nächsten Jahren wegzubrechen: Schon lange ist die deutsche Kohle viel teurer als importierte Kohle aus Russland, den USA oder Südafrika. Im Frühjahr 2016 lag der Weltmarktpreis bei unter 60 Euro pro Tonne, die Förderkosten in Deutschland waren mehr als doppelt so hoch.

Und spätestens seit dem Klimagipfel von Paris ist klar, dass Deutschland seine Klimaziele nur durch einen zügigen Ausstieg

aus der Kohleverstromung erreichen kann (mehr dazu auf den Seiten 1, 3 und 4). Darüber herrscht in Politik und Wissenschaft grundsätzlich Konsens – aber eben nur grundsätzlich. Während Bundesumweltministerin Barbara Hendricks für einen raschen Ausstieg plädiert, bremst ihr Parteifreund, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, allzu schnelle Ausstiegserwartungen.

Die Umweltminister der Länder haben zwar auf ihrer Konferenz im Juni 2016 vom Bund einen „geordneten Weg zum Ausstieg aus der Kohlenutzung“ gefordert, sind sich aber untereinander nicht einig. Vor allem die Regierungen der „Kohleländer“ NRW und Brandenburg sträuben sich, im Schulterschluss mit den Gewerkschaften, gegen ein allzu rasches Ende des alten und schmutzigen Energieträgers.

So könnte es vorerst bei dem Paradox bleiben, dass der Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland zwar beständig wächst, die Braunkohle jedoch ihren Anteil von 24 Prozent hält. Gleichzeitig stagniert der Netzausbau, was die Klimaschutzanstrengungen Deutschlands zusätzlich erschwert: „Unsere Netze sind verstopft von Strom aus alten Braunkohlekraftwerken“, so Baden-Württembergs Energieminister Franz Untersteller in der „Süddeutschen Zeitung“.

Das alles sind keine klaren Signale für die Energiekonzerne, die sich inzwischen gezwun-

genermaßen um einen Wandel bemühen – jeder auf seine Art. So bündelt E.ON seine Kohle- und Gaskraftwerke in der neuen Gesellschaft „Uniper“ (das Kürzel für „Unique performance“). Ein Börsengang im Herbst soll neue Investoren anlocken, für viele Skeptiker eine nahezu tollkühne Erwartung. E.ON selbst will sich künftig vollkommen auf erneuerbare Energien konzentrieren.

Bei RWE wiederum ist es die neue Tochtergesellschaft RWE International SE, die demnächst mit Erneuerbaren, Stromnetzen und Vertrieb Gewinne erwirtschaften soll. Und Deutschlands drittgrößter Stromversorger EnBW hat alleine 2015 455 Millionen Euro in Systeme zur Erzeugung erneuerbarer Energien investiert und will, so EnBW-Chef Frank Mastiaux auf der Bilanzpressekonferenz im März, „spätestens 2020 mindestens 30 Prozent des Konzernergebnisses mit Erneuerbaren erzielen.“ Wie erfolgreich die jeweilige Strategie sein wird, lässt sich heute noch nicht beurteilen. Die goldenen Jahre allerdings dürften erst einmal vorbei sein.

Bernd Pieper



Foto: Eva Mahnke/Klimaretter.info

Trist und gefährlich: Kohlehalden als einziger Platz zum Spielen.

Mit Kohle in die Zukunft?

Südafrikas Kohlewirtschaft und die Rolle Deutschlands Von Birgit Morgenrath

Alle zehn Minuten donnert ein Kohlelaster an den winzigen Häusern vorbei. Dann legen sich schwarze Staubwolken über die gesamte Umgebung. Grau gefiederte Hühner laufen umher, ein dürrer, grauer Hund stöbert im Abfall. Es stinkt nach Kohle.

Andris, ein alter Mann mit wirrem Haar, lebt seit 30 Jahren in der informellen Siedlung direkt neben einer ehemaligen Mine. Deren verlassene Kohlehügel liegen auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Andris und seine beiden Enkel leiden an ständigem Husten, erzählt er und fragt: „Was kann man tun?“ Die Antwort gibt er sich gleich selbst: „Nichts kann man tun.“

160 Bergwerke haben rund um eMalaheni, dem „Ort der Kohle“, aufgerissene Gruben, Halden und saures Grubenwasser hinterlassen. In der Umgebung der 100.000-Einwohner-Stadt in der Provinz Mpumalanga, „da wo die Sonne aufgeht“, reiht sich Tagebau an Tagebau. Dazwischen liegen Stahlhütten und zwölf kolossale Kohlekraftwerke mit qualmenden Schloten.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts baut die Wirtschaft Südafrikas auf die Gewinnung von Bodenschätzen und auf Kohle als Energielieferant dafür. Zwei Drittel des Stroms werden für

den Abbau von Gold, Diamanten, Platin, Eisenerz und auch Kohle verbraucht. 90 Prozent dieses Stroms stammen aus den Kohlekraftwerken des staatlichen Energie-Monopolisten Eskom. Nach dem Ende der Apartheid nehmen auch die Regierungen der früheren Befreiungsbewegung African National Congress (ANC) die schweren Nebenwirkungen des Kohlebergbaus in Kauf: gefährliche Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne, Landenteignung und Vertreibung, Verlust guter Ackerböden, chronische Atemwegserkrankungen und eine immense Umweltzerstörung.

Umweltgesetze ohne Wirkung

Die zahlreichen neuen Gesetze zur Luft- und Wasserreinhaltung und zum Schutz von Flora und Fauna stehen nur auf dem Papier. So verlangt etwa das Luftreinigungsgesetz von 2004, dass Emissionsquellen unabhängig identifiziert und die Emissionen gemessen werden, dass Höchstwerte festgelegt und Informationen öffentlich zugänglich gemacht werden. Bis heute aber geben sich die staatlichen Organe mit Selbstauskünften auch der größten Luftverschmutzer Eskom und SASOL zufrieden, erzählt

die Umweltschützerin Carol Ntaopane von der internationalen NGO Action Aid.

Auch das im Wassergesetz von 1998 vorgeschriebene Verursacherprinzip – Bergwerksbetreiber müssen für die Beseitigung der von ihnen verursachten Schäden aufkommen – scheint bloße Makulatur. Überall an den Flussufern von eMalaheni finden sich gelblich-weiße Krusten aus saurem Grubenwasser und eine von Schwermetallen vergiftete Brühe, die Böden, Flüsse und Seen zerstört. Wie belastet die Gewässer genau sind, ist Verschluss-sache. 120 Kohlebergwerke operierten sogar ohne die gesetzlich vorgeschriebene Wasserlizenz, berichtet Viktor Munnik, Geograf und Dozent an der Johannesburger Universität Witwatersrand.

Der Staat lässt die Kohleunternehmen gewähren, darunter internationale Rohstoffgiganten wie die britisch-südafrikanische Anglo American und die schweizerische Glencore. Durch die Politik, den wirtschaftlichen Aufstieg schwarzer Südafrikaner zu fördern, ist zudem eine Elite entstanden, die dem ANC sehr nahe steht, erklärt Viktor Munnik weiter. Dass ANC-Anführer Vorstands- und Aufsichtsratsposten innehaben, „vermischt Politik und

Geschäft mit der Folge, dass Umweltverbrechen häufig nicht verfolgt werden“. Laut Schätzungen sind allein bis 2014 ein Viertel des Bergbaus – Anteile und ganze Firmen – in den Besitz schwarzer Südafrikaner übergegangen.

Mitverantwortung der Importeure

Ein Drittel der südafrikanischen Kohle wird in alle Welt verschifft. Deutschland bezieht fünf Millionen Tonnen jährlich, etwa ein Zehntel des gesamten deutschen Kohleimports. Fast alle großen deutschen Energiekonzerne werden beliefert: EnBW und E.ON, RWE, STEAG und Vattenfall. Auf Anfragen nach der Herkunft und den Abbaubedingungen der Importkohle verweisen die Stromriesen allesamt auf interne und externe internationale Verhaltenskodizes zur Einhaltung von Menschen- und Arbeiterrechten, sozialen und ökologischen Standards, etwa die Leitsätze der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO.

Aber konkrete, nachprüfbar Information darüber, aus welcher Mine die Kohle für die hiesige Stromversorgung stammt und wie sie abgebaut wird, werden verweigert. Darum fordern zahlreiche deutsche und internationale NGOs seit Jahren transparente Lieferketten und damit den öffentlichen, unabhängig kontrollierten Nachweis, dass soziale und ökologische Regeln eingehalten werden.

Das weiß auch Herbert Jakoby, Leiter der Abteilung Außenwirtschaft im Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalens, des Bundeslandes mit den bis heute meisten Kohlekraftwerken. Er meint, dass die Marktmacht der deutschen Energieunternehmen in Südafrika nicht ausreicht, um bessere Produktions- und Umweltbedingungen zu erreichen. Denn Deutschland importiere nur zwei Prozent der südafrikanischen Gesamtexporte und Nordrhein-Westfalen sogar nur ein Prozent. „Mit diesen kleinen Mengen auf die Förderbedingungen in Südafrika Einfluss auszuüben ist sehr schwer. Südafrika hätte überhaupt keine Mühe für die wegfallenden Mengen alternative Abnehmer zu finden, und dann würde sich gar nichts tun in Südafrika.“

Darum spricht sich der Landesbeamte für freiwillige Selbstkontrollen aus. Andrea Asch,

Sprecherin für Eine-Welt-Politik der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag, will dagegen die Energieversorger rechtlich verpflichten, sowohl die Herkunftsminen der Steinkohleimporte als auch Informationen zu den sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards der jeweiligen Minen offenzulegen und zu kontrollieren. „Wir haben ein deutliches Ungleichgewicht“, so Asch, „einerseits Investitionsschutzabkommen, nach denen jedes Unternehmen überall auf der Welt eine Regierung beklagen kann, wenn seine Gewinnerwartungen nicht erfüllt sind. Auf der anderen Seite stehen Menschen, die im Hinblick auf ihre Gesundheit, ihre Lebensgrundlagen und ihr Auskommen von der Praxis solcher Konzerne betroffen sind und keine Möglichkeit haben, vor internationalen Gerichten zu klagen.“

Überdies unterstützen deutsche Firmen den Bau neuer Kohlekraftwerke in Südafrika. Derzeit entstehen in den Provinzen Limpopo und Mpumalanga zwei neue gigantische Kohlemeiler. „Medupi“ und „Kusile“ werden zu den größten Klimakillern weltweit gehören. Laut einer neuen Studie von Misereor („Wenn nur die Kohle zählt“, <http://k-urz.de/11E4>) sind mindestens 19 deutsche Unternehmen als Zulieferer sowie Dienstleister am Bau beteiligt, darunter Siemens, Bilfinger Berger, Rheinmetall Defense Electronic, STEAG Energy Service und Mitsubishi Hitachi Power Systems Europe, eine deutsche Tochterfirma des japanischen Hitachi-Konzerns. Dieser Firma gab die Bundesregierung 2008/09 Exportkreditgarantien für ihre Lieferung von Kesseln an die beiden Kraftwerke. Gleichzeitig gewährte die staatliche Förderbank KfW IPEX dem staatlichen Energieversorger Südafrikas, Eskom, einen Kredit, um den Kauf derselben Kessel zu finanzieren.

Das widerspricht, so Misereor, den auch von der Bundesregierung unterzeichneten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte von 2011. Danach müssen Unternehmen Risiken und Auswirkungen auf die Menschenrechte, auf Wasser, Gesundheit, angemessenes Wohnen und Infrastruktur ermitteln, bewerten, gegebenenfalls effektive Gegenmaßnahmen ergreifen, deren Wirksamkeit nachverfolgen und transparent über Risiken und Maßnahmen berichten. Die EU forderte 2012 alle Mitgliedstaaten auf, Nationale Aktionspläne (NAP) für die Umsetzung der Leitlinien zu verabschie-



Unsere Stiftung hat in den letzten Jahren mehrere Projekte zum problematischen Kohleabbau in Südafrika und in anderen Ländern gefördert. Ein Schwerpunkt war dabei die Mitverantwortung der Importeure. In den Projekten sind einige interessante Broschüren und andere Materialien entstanden, u. a.:

- Urgewald: Bitter Coal. Ein Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte. (2013)
Download unter www.urgewald.org/shop
- Koordination Südliches Afrika: Es geht um Südafrika, um Kohle! Broschüre für die Bildungsarbeit. (2015)
Bestellung <http://info.kosa.org/>

den. Die Bundesregierung hat mit der Erstellung eines Nationalen Aktionsplans für „Wirtschaft und Menschenrechte“ begonnen. Er soll im Lauf des Jahres 2016 verabschiedet werden.

NGOs kritisieren, dass der Plan nach dem bisherigen Entwurf nur für Unternehmen verbindlich ist, die sich im Eigentum des Bundes befinden. Anderen Firmen drohen bei Verstößen vorerst keinerlei Konsequenzen. Appelle an Konzerne und freiwillige Selbstkontrolle bewirken jedoch wenig, wie Studien zivilgesellschaftlicher Organisationen belegen. Ein entschiedeneres Vorgehen durch Politik und Gesetzgebung, bei uns und in Südafrika, ist deshalb notwendig, um die Lebenssituation von hunderttausenden Menschen und die ökologischen Bedingungen zu verbessern.



Birgit Morgenrath ist Autorin für Hörfunk und Fachzeitschriften, insbesondere zum südlichen Afrika.



Foto: Martin Fejer/est8ost

Hier, im rumänischen Roșia Montană, möchte das kanadische Unternehmen Gabriel Resources die größte Goldmine Europas errichten.

Klageflut gegen Staaten?

TTIP und die möglichen Folgen

Die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP stecken nach 14 Runden in einer Sackgasse. Ein Interessenausgleich nach dem Motto „Ihr öffnet Eure Lebensmittelmärkte, dafür schauen wir nicht mehr so streng auf Eure Autos“ ist komplizierter als erwartet, ein Abschluss noch in diesem Jahr, wie ihn etwa US-Präsident Obama angestrebt hat, scheint illusorisch.

Die Kritik an TTIP wächst und reicht vom geheimen Charakter der Verhandlungen bis zur befürchteten Senkung von Umwelt- oder Verbraucherstandards. Ein weiterer umstrittener Punkt ist das sogenannte Investitionsschutzabkommen, das es Unternehmen ermöglicht, vor nichtstaatlichen Gerichten gegen Entscheidungen von Staaten zu klagen. Solche Schiedsgerichte, die im Kern einen Eingriff in nationalstaatliche Autorität darstellen, gebe es im Rahmen bilateraler Wirtschaftsabkommen bereits, so das Argument der TTIP-Befürworter. Aber ist das ein gutes Argument?

Nicht unbedingt, wie ein Blick auf die Auseinandersetzungen um eine geplante Goldmine im rumänischen Roșia Montană belegt. Dort bemüht sich das kanadische Unternehmen Gabriel Resources (GR) seit 1997 darum, in zwei Tälern der historisch und geologisch bedeutsamen Bergbauregion die größte Goldmine Europas zu errichten. Acht Milliarden

US-Dollar Gewinn für GR und ein paar Hundert Arbeitsplätze für die Menschen vor Ort werden prognostiziert. Dem entgegen stünden die Umsiedlung von rund 2.000 Menschen und verheerende Umweltfolgen durch die Verwendung von Natriumcyanid sowie durch das sogenannte „Mountaintop Removal“, also die Absperrung von vier umliegenden Berggipfeln.

Schon bald regte sich heftiger – und ausdauernder – zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen das Projekt. Alleine im Herbst 2013 gingen über mehrere Wochen hinweg jeden Sonntag in rumänischen Städten Zehntausende auf die Straße. Daraufhin drohte der kanadische Konzern Rumänien mit einer Schiedsgerichtsklage, sollte die Mine verhindert werden. Trotz dieser Drohung lehnte das rumänische Parlament eine entsprechende Gesetzesänderung ab, die Mine war vorerst vom Tisch.

Im Juli 2015 hat Gabriel Resources beim International Centre for Settlement of Investment Disputes der Weltbank (ICSID) dann einen Antrag auf ein Schiedsverfahren gegen Rumänien eingereicht. Grundlage dafür kann das bilaterale Investitionsschutzabkommen zwischen Rumänien und Kanada sein, aber auch die von Konzernen gerne in Anspruch genommene „Fair and Equitable Treatment“-

Klausel, also die Forderung nach fairer und gerechter Behandlung.

Unterdessen hat die rumänische Regierung das Gebiet um Roșia Montană auf die Warte-liste des UNESCO-Weltkulturerbes setzen lassen. Eine Ausweisung als Weltkulturerbe würde einen umfassenden Schutzstatus bedeuten. Gabriel Resources setzt weiterhin auf das Projekt und hat es bis vor kurzem noch auf seiner Website als „in der Zustimmungphase“ aufgelistet. Eine endgültige Entscheidung wird 2018 erwartet.

Ein anderes, abschreckendes Beispiel für die möglichen Folgen von Investitionsschutz im Rahmen von Freihandelsabkommen ist derzeit in Kolumbien zu beobachten. Dort verklagen der US-Konzern Tobie Mining and Energy und der kanadische Konzern Cosigo Resources den kolumbianischen Staat vor einem US-Gericht auf 16,5 Milliarden Dollar Schadenersatz, weil sie nicht im Regenwald Gold abbauen dürfen. Grundlage für die Klage ist das 2011 in Kraft getretene Freihandelsabkommen (TLC) zwischen den USA und Kolumbien. Betroffen wäre der über eine Million Hektar große Nationalpark Yaigojé Apaporis im kolumbianischen Teil des Amazonasgebiets, Heimat von sieben indigenen Völkern und einer enormen Artenvielfalt.

Prävention statt Reaktion

Der erste Weltgipfel für humanitäre Hilfe

Flucht, Vertreibung, Hunger, Wetterkapriolen: Das sind nur einige der Ursachen dafür, dass nach Einschätzungen der Vereinten Nationen derzeit rund 125 Millionen Menschen weltweit auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Vor allem deshalb hatte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon für den 23. und 24. Mai 2016 zum World Humanitarian Summit (WHS), dem ersten Weltgipfeltreffen für humanitäre Hilfe, nach Istanbul eingeladen. Rund 9.000 Teilnehmer aus 173 Staaten, 55 Staats- und Regierungschefs sowie mehrere Tausend hochrangige Vertreter aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft waren dieser Einladung gefolgt.

„Wir dürfen nicht immer nur abwarten, bis eine Katastrophe passiert, sondern müssen im Vorfeld sehen: Hier kommen Schwierigkeiten und Probleme in Ländern auf uns zu, und denen müssen wir als Weltgemeinschaft begegnen“, so Bärbel Kofler, Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, in Istanbul. Die deutsche Bundesregierung war – als einzige Regierung der G-7-Staaten – mit Kanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier hochkarätig vertreten. Steinmeier kündigte an, dass Deutschland seinen Beitrag zur humanitären Hilfe 2016 um zehn Millionen Euro erhöhen werde.

55 Staats- und Regierungschefs kamen zum World Humanitarian Summit.



UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon forderte die Weltgemeinschaft zum Handeln auf.

Prävention statt Reaktion – unter dieser Zielvorgabe hatten zuvor in einem mehrjährigen Prozess Nichtregierungsorganisationen und Staaten an rund 1.500 Selbstverpflichtungen gearbeitet, die beim WHS verabschiedet wurden. Dazu gehört vor allem das „Grand Bargain“, ein Pakt für mehr Wirksamkeit in der humanitären Hilfe, den die „Hochrangige Gruppe des UN-Generalsekretärs für die Finanzierung der humanitären Hilfe“ vorgeschlagen hat. Auf dessen Basis – und durch die Investition von mindestens einer Milliarde US-Dollar in den nächsten fünf Jahren – sollen Hilfsgelder künftig effizienter, transparenter und vor allem direkt an die Betroffenen verteilt werden können.

Weitere in Istanbul beschlossene Vorhaben sind die Eröffnung eines Bildungsfonds für Kinder und Jugendliche in Krisenregionen und

-situationen, eine Partnerschaft zur Unterstützung der am stärksten von Krisen betroffenen Länder, Hilfe für rund eine Milliarde Menschen zum Aufbau sicherer und stabiler Gemeinden sowie eine Charta, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung in Katastrophensituationen beitragen soll.

Die globalen humanitären Herausforderungen seien nur gemeinsam zu meistern, so Manuela Roßbach, Geschäftsführerin von Aktion Deutschland Hilft: „Alle, die in der humanitären Hilfe tätig sind, müssen ihren Beitrag leisten, damit konkrete Veränderungen und damit Verbesserungen für die notleidenden Frauen, Männer, alten Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen herbeigeführt werden können.“ Humanitäre Hilfe könne nur funktionieren, wenn sich alle an die vereinbarten humanitären Prinzipien hielten.

Ob der Gipfel von Istanbul als Erfolg gewertet werden kann, hängt in erster Linie davon ab, ob die Selbstverpflichtungen auch eingehalten und vor allem im vereinbarten Zeitrahmen umgesetzt werden. Für Inez Kipfer-Didavi, Vorstandsmitglied bei VENRO, dem Bundesverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen, ist vor allem die Übereinkunft auf das „Grand Bargain“ ein ermutigendes Signal: „In Istanbul hat die Weltgemeinschaft gezeigt, dass sie willens ist, das humanitäre System zu reformieren.“ Allerdings könne humanitäre Hilfe das Leid nur lindern, nicht aber die Ursachen beseitigen: „Krisen und Konflikte müssen politisch gelöst werden.“



Ambitioniert

Nachhaltigkeitsstrategie für NRW verabschiedet

„Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen tritt für eine in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht erfolgreiche, gerechte und zukunftsfähige Entwicklung ein und richtet deshalb ihr Handeln am Leitprinzip der Nachhaltigkeit aus. Damit wird für die heutigen und nachfolgenden Generationen ein funktionierendes Gleichgewicht geschaffen. Als das bevölkerungsreichste Bundesland demonstrieren wir, wie der Wandel für eine nachhaltige Entwicklung unter Erhalt und Stärkung der wirtschaftlichen und industriellen Strukturen erfolgreich gestaltet werden kann.“

So das Leitbild der Nachhaltigkeitsstrategie für NRW, die am 14. Juni 2016 von der nordrhein-westfälischen Landesregierung verabschiedet wurde. Nun sind weder eine Strategie noch ein Leitbild konkrete Handlungsanweisungen und sollten auch nicht mit einem Maßnahmenkatalog verwechselt werden. Es handelt sich um ein Zukunftskonzept, um eine perspektivische Zielvorgabe, an der sich die Landespolitik in den nächsten Jahren ausrichten soll (und will). Die allerdings ist – bei aller Kritik im Detail – durchaus anspruchsvoll, und an ihr werden sich die aktuelle und auch die künftigen Landesregierungen messen lassen müssen.

Umfassende Beteiligung

Die Strategie wurde, unter Federführung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV), gemeinsam von allen Ministerien der Landesregierung und in einem Dialog mit Kommunen, Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft erarbeitet. Sie fußt außerdem auf den Ergebnissen zweier Konsultationsrunden in 2014 und 2015 und den Resultaten der Diskussionen auf den jährlichen nordrhein-westfälischen Nachhaltigkeitstagungen.

Wissenschaftlich begleitet wurde die Entwicklung der Strategie seit 2013 durch das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie mit dem Projekt „Konzeptionelle Analysen und



Überlegungen zur Ausgestaltung einer Nachhaltigkeitsstrategie NRW aus wissenschaftlicher Sicht“. „Uns ging es vor allem darum, alle potenziellen Indikatoren zu ermitteln und daraus diejenigen zu filtern, die für eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie gut geeignet sind“, beschreibt Prof. Dr. Oscar Reutter, einer der beiden Projektleiter, die Aufgabe des Wuppertal Instituts.

Landesumweltminister Johannes Remmel betont die nationale Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens beim Thema Nachhaltigkeit: „NRW verpflichtet sich als erstes deutsches Bundesland, die globalen Nachhaltigkeitsziele des New Yorker UN-Gipfels vom vergangenen September umzusetzen.“

Im Kern der NRW-Strategie steht ein Ziel- und Indikatorensystem für 19 zentrale Handlungsfelder. Die knapp 70 Indikatoren reichen vom Anteil erneuerbarer Energien bis zur Einkommensverteilung und von der Recyclingquote bis zum Anteil der Kommunen mit Nachhaltigkeitsbeschlüssen. Die Entwicklung dieser Indikatoren wird vom Statistischen Landesamt NRW aufbereitet und alle zwei Jahre in einem neuen Indikatorenbericht veröffentlicht.

Schwerpunkte

Aus den 19 Handlungsfeldern hat die Landesregierung noch einmal Schwerpunkte gefiltert, denen sie sich in den nächsten Jahren besonders widmen will: Klimaschutz, Umweltwirtschaft, Biodiversität, nachhaltige Finanzpolitik, nachhaltige Stadt- und Quartierentwicklung sowie Nahmobilität, demographischer Wandel, altengerechte Quartiere und die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. So sollen für einen besseren Klimaschutz die Treibhausgase bis 2050 um 80 Prozent reduziert und für die Erhaltung der Biodiversität der Anteil an Rote-Liste-Arten bis 2030 von heute 45 Prozent auf 40 Prozent gemindert werden.

Bis 2020 will die Landesregierung den täglichen Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr auf durchschnittlich fünf Hektar begrenzen. Die Erwerbstätigenquote von Älteren, insbesondere von älteren Frauen, soll gesteigert und die Einkommensunterschiede sol-

len, ebenso wie die Schulden des Landes, verringert werden. In der Umweltwirtschaft soll die Zahl der Beschäftigten bis zum Jahr 2025 von aktuell 320.000 auf mindestens 420.000 erhöht werden.

Kritik im Detail

Das grundsätzliche Lob für die nordrhein-westfälische „Pionierleistung“ fällt beinahe einhellig aus. Ebenso einhellig, von der Industrie- und Handelskammer NRW bis zu den Umweltverbänden, wird jedoch auch moniert, dass nicht die Staatskanzlei, sondern das MKULNV die Entwicklung der Strategie gesteuert hat. Dabei geht es weniger um die Inhalte als um ein politisches Signal, schließlich bildet die Nachhaltigkeitsstrategie einen Querschnitt aller landespolitischen Themen und damit auch aller Ressorts ab.

Doch auch bei einzelnen Politikfeldern klafft zwischen Rhetorik und aktueller Praxis eine große Lücke. Etwa im Agrarbereich: Als Hauptverursacher des Artensterbens (nicht nur) in NRW gilt eine immer intensiver werdende Landwirtschaft, der selbst einstige Allergensarten wie Kiebitz oder Feldlerche zunehmend zum Opfer fallen. Dazu findet sich in der Nachhaltigkeitsstrategie wenig Konkretes. Auch die vielerorts zu hohe Nitratbelastung des Grundwassers durch Gülle aus der Massentierhaltung dürfte mit lediglich vagen Zielformulierungen kaum reduziert werden.

Beim Thema Kohleausstieg fällt es vor allem der SPD nicht leicht, sich schnell von dem Energieträger zu verabschieden, der NRW (und auch die sozialdemokratische Stammwählerschaft) über Jahrzehnte geprägt hat. Das ist zwar verständlich, würde aber die Klimaschutzanstrengungen des Landes ausbremsen. Gleiches gilt für die rund 280 Straßenbauprojekte, die Nordrhein-Westfalen für den neuen Bundesverkehrswegeplan angemeldet hat. Deren Umsetzung würde zudem den landesweiten Biotopverbund sowie zahlreiche Naturschutzgebiete beeinträchtigen.

Ohnehin kommt das Thema Verkehr, jenseits der Nahmobilität, in der Strategie zu kurz. Für eine nachhaltige und klimafreundliche



Publikationen zur Nachhaltigkeitsstrategie

Die Landesregierung hat den gesamten Text der Nachhaltigkeitsstrategie in einer Online-Broschüre veröffentlicht, unter dem Titel „Heute handeln – Gemeinsam für nachhaltige Entwicklung in NRW.“ Das 88-seitige Dokument steht als PDF-Datei zum Download bereit unter <http://k-urz.de/53b2>

Neu erschienen ist auch der erste Indikatorenbericht, der vom Statistischen Landesamt „Information und Technik Nordrhein-Westfalen“ (IT.NRW) erarbeitet wurde. Die zweijährliche Berichterstattung zur Entwicklung der knapp 70 Indikatoren ermöglicht es zukünftig, den Fortschritt bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu messen. Download der PDF-Datei unter <http://k-urz.de/d6a1>

Zukunft NRWs wird es nicht ausreichen, „die Netze von Straßen, Schienen- und Wasserwegen wieder in einen zuverlässigen und dauerhaft tragfähigen Zustand zu versetzen“ und „wachsende Verkehrsumfänge auf leistungsfähigen Verkehrsachsen zu bündeln“. Eine zukunftsfähige Mobilitätspolitik muss umweltfreundliche und klimaschonende Verkehrsträger deutlich priorisieren.

Bernd Pieper

➔ Weitere Informationen unter www.nachhaltigkeit.nrw.de

Gespräch statt Konfrontation

Erfahrungen mit Unternehmensdialogen und -kooperationen Von Martina Schaub

Die komplexen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen der Zukunft können nur gemeinsam und in enger Zusammenarbeit verschiedener gesellschaftlicher Akteursgruppen aus Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Privatwirtschaft bewältigt werden. Diese Erkenntnis ist auch in die UN-Agenda 2030 eingeflossen und konkret in den SDGs (insbesondere Ziel 17: Globale Partnerschaften) verankert. Darin werden, wie auch in der BMZ-Zukunftscharta, Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAP) als ein zukunftsweisender neuer Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit definiert. Es ist indes nicht definiert, welche Kooperationsformen als MAP angesehen werden. Die Spannweite reicht von Public-Private-Partnerships (PPP) über fest verankerte Formen, wie die aus dem Common Code for the Community entstandene Global Coffee Platform, bis zu Stakeholderdialogen, wie das Textilbündnis und das Forum Nachhaltiger Kakao.

Einige Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben bereits in den 1990er-Jahren begonnen, neben öffentlichen Kampagnen gegen Unternehmen auch Gespräche mit diesen zu führen. Die Gründe hierfür waren vielfältig: Schon zu dieser Zeit gab es die Erkenntnis, dass viele globale Probleme, wie der Klimawandel, nur auf einer internationalen Ebene zu lösen sind. In komplexen globalen Lieferketten bestehen viele Missstände, die kaum durch die Regulierung allein in einem Land zu beeinflussen

sind. Viele NRO wählten hier oft die Strategie, mit öffentlichen Kampagnen auf die Verantwortung internationaler Konzerne aufmerksam zu machen.

Diese Angriffe auf die Reputation der Unternehmen hatten zur Folge, dass einige von ihnen mit dem Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit sowie dem Aufbau von freiwilligen Maßnahmen der Unternehmensverantwortung reagierten und darüber hinaus in einen Dialog mit NRO traten. NRO wiederum bemerkten, dass Unternehmensdialoge eine Ergänzung zu ihren Kampagnen sowie zu ihrer politischen Lobbyarbeit darstellen können. Nach einer ersten Phase, in der NRO und Unternehmen zum Teil mit Optimismus in diese Gespräche gestartet waren, stellte sich angesichts der Langwierigkeit der Gespräche und der oft eher geringfügigen Ergebnisse eine gewisse Ernüchterung ein. Für die meisten Umwelt-NRO und einige wenige Menschenrechts-NRO gehören die Unternehmensdialoge aber dennoch weiterhin als ein Werkzeug unter vielen zum festen Bestandteil ihrer Arbeit. Sie sehen in ihnen eine sinnvolle Ergänzung zu ihren Kampagnen und ihren politischen Aktivitäten.

Ist Reden Silber?

Für das von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt (Z-5295) „Reden ist Silber – Kampagnen sind

Gold?“ analysierte das Südwind-Institut anhand von 18 Interviews die Erfahrungen deutscher NRO mit Unternehmensdialogen.

Für alle Interviewten lag das Ziel von Unternehmensgesprächen jeder Art in der Etablierung einer staatlichen Regulierung, die Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen wirkungsvoll unterbindet. Gespräche mit Unternehmen haben demnach dann eine Legitimation, wenn sie dieses Ziel unterstützen. Ausgehend von diesem Konsens gibt es große Unterschiede unter den NRO darüber, ob das Engagement in Stakeholder-Prozessen sich lohnt. Tendenziell sprachen sich Umwelt-NRO eher für die Teilnahme an Stakeholderdialogen aus, während NRO mit den Schwerpunkten Entwicklung und Menschenrechte eher dagegen waren. Die Argumente für Unternehmensgespräche lauteten, dass diese Dialoge die Etablierung, Akzeptanz und Umsetzung von Gesetzen verbessern und damit die Regulierung insgesamt beschleunigen und effektiver machen könnten.

Unternehmensgespräche spielen damit eine wichtige Rolle in der Vorbereitung von Gesetzgebung. Dies kann so weit gehen, dass fortschrittliche Unternehmen gemeinsam mit NRO auf Gesetzeslücken hinweisen und ihre Schließung fordern. Unternehmensgespräche tragen zudem dazu bei, Veränderungen in Bereichen zu erzielen, die über eine Regulierung schwer zu erreichen sind. Dies gilt zum

Gründung des Bündnisses für nachhaltige Textilien im Oktober 2014. Inzwischen hat es mehr als 180 Mitglieder.



Foto: Textilbündnis/Frederic Schweizer



Greenpeace setzt auf spektakuläre Kampagnen, um das Verhalten von Unternehmen zu verändern.

Foto: Gordon Wellers/Greenpeace

nehmens im Sinne der Leitlinien von Südwind bestehen? Welche Risiken, etwa der Vereinbarung, gibt es? So wird vor jeder möglichen Zusammenarbeit analysiert, inwieweit die Unabhängigkeit von Südwind gewahrt bleibt. Selbstverständlich werden auch das Reputationsrisiko und das Kräfteverhältnis beurteilt und ob die Möglichkeit besteht, trotz der Kooperation weitergehende Kritik zu üben. Nicht zuletzt wird vor jeder Entscheidung auch ein Ausstiegsszenario entwickelt.

Aktuell engagiert sich Südwind beim Textilbündnis, beim Forum Nachhaltiger Kakao und beim Aktionsbündnis für nachhaltige Bananen. Allen gemeinsam ist, dass es sich um komplexe Aushandlungsprozesse handelt, in denen es Kompromissbereitschaft und rote Linien für jeden Akteur gibt. Wir haben unsere roten Linien, die sicher auch unsere entscheidenden Glaubwürdigkeits-Messlaten sind.

Wir merken, dass in den letzten Jahren Stakeholderprozesse und Unternehmensdialoge zu sehr vielen Bereichen entstanden sind. Die Entscheidung über die vielen Anfragen, uns in solche Prozesse einzubringen, können wir nur deshalb gut treffen, weil wir auf der Basis einer Strategie und unserer Kriterien arbeiten.

Zur Bewältigung der komplexen Herausforderungen der Zukunft sind Stakeholderdialoge und Multi-Akteurs-Partnerschaften sicher nützliche Instrumente. Wie auch immer zivilgesellschaftliche Akteure im Einzelfall für sich entscheiden, ob sie sich auf solche Prozesse einlassen, muss eins immer klar sein: Es ist in erster Linie die Aufgabe des Staates bzw. der Staatengemeinschaft, menschenwürdige Lebensbedingungen zu sichern und die globalen öffentlichen Güter zu schützen.



Martina Schaub ist seit 2007 Geschäftsführerin von Südwind. Zuvor hat sie, nach mehreren Jahren Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit in Brasilien, als Referentin für internationalen Handel bei Germanwatch e. V. gearbeitet und war dann bei unserer Stiftung Referentin für entwicklungspolitische Projekte. Die Publikation „Reden ist Silber – Kampagnen sind Gold?“ steht als Download (<http://k-urz.de/FA1C>) auf der Südwind-Webseite zur Verfügung.

Beispiel für die Beeinflussung des Konsumverhaltens oder für das Einhalten von Umweltkonventionen in internationalen Lieferketten.

Organisationen, die vorrangig an der Etablierung von staatlichen Regulierungen arbeiten, argumentieren hingegen, dass besonders das Thema Menschenrechte einen explizit staatlichen Charakter hat und Staaten deshalb die vorrangigen Adressaten ihrer Tätigkeit seien. Diese NRO haben zudem wenig Zuversicht, dass Gespräche mit Unternehmen zu wesentlichen Verbesserungen führen, wohl aber viele Kapazitäten der NRO binden. Staatliche Regulierung stellt für sie den wesentlichen Rahmen für Verbesserungen dar. So ist nach ihrer Einschätzung beispielsweise der „Dodd Frank Act“ ein wirksames Instrument zur Bekämpfung von jahrzehntelanger Missachtung grundlegender Menschenrechte. Das Gesetz verpflichtet an US-amerikanischen Börsen gelistete Unternehmen, eine Transparenz in ihrer Lieferkette für bestimmte Konfliktmetalle herzustellen.

Die Entscheidung für oder gegen einen Unternehmensdialog erfordert damit eine Analyse, ob sich in einer gegebenen Situation zur Beseitigung konkreter Missstände die Aufnahme eines Dialogs lohnt, ob die Arbeit mit dem Gesetzgeber aussichtsreicher ist oder ob eventuell sogar über verschiedene NRO beide Wege beschränkt werden sollten.

Südwind: Umgang mit Unternehmen

Südwind engagiert sich ergänzend zu seinen anderen Aktivitäten seit bald zwei Jahrzehnten in Einzelfällen in Dialogen mit unterschiedlichen Akteuren, ob sie nun als runde Tische, Dialogforen oder Stakeholderdialoge daherkommen. Auch führt das Institut im Auftrag von Unternehmen Analysen in Bezug auf soziale und ökologische Auswirkungen des Anbaus oder der Verarbeitung bestimmter Produkte durch, zum Beispiel von Haselnüssen oder Kakao.

Richtungsweisend für die Entscheidung, in eine Beratung, einen kritischen Dialog oder andere Formen von Kooperationen einzutreten, waren dabei immer folgende Überlegungen: Welches Veränderungspotenzial gibt es im Unternehmen und wie groß ist unsere Möglichkeit, das Verhalten des Unternehmens zu beeinflussen? Können durch den Dialog Veränderungen in den Wertschöpfungsketten der Unternehmen erreicht werden? Die Gretchenfrage lautet für uns, ob damit für die von Armut oder Ungerechtigkeit Betroffenen ein entwicklungspolitischer Vorteil entstehen kann.

Alle Formen der Kooperationen mit Unternehmen prüfen wir im Hinblick auf mögliche Chancen und Herausforderungen. Welche Einflussmöglichkeiten auf die Arbeit des Unter-



Foto: Bernd Schaller

„Ich bin und bleibe ein politischer Mensch“

Interview: Eberhard Neugebohrn über seine Zeit bei der Stiftung

Sie sind seit März 2004 Geschäftsführer der Stiftung, sind dafür von Hamburg nach Bonn gezogen. Was hat Sie an der Position gereizt?

Eberhard Neugebohrn: Meine damalige Arbeit im IT-Bereich eines großen Verlags hat mir keinen Spaß mehr gemacht. Die Stiftung war eine Gelegenheit, meine berufliche Tätigkeit mit Handlungsfeldern zu verbinden, bei denen ein beträchtlicher Teil meiner Leidenschaften und meines politischen Engagements liegt. Ich hatte in Hamburg 1999 die Norddeutsche Stiftung Umwelt und Entwicklung mit gegründet und war dort bis zum Umzug nach Bonn im Stiftungsrat.

Gereizt haben mich auch die thematische Breite der Stiftung und die Möglichkeit, mit dem nicht unbeträchtlichen Budget etwas erreichen zu können. Nämlich zivilgesellschaftliche Arbeit zu unterstützen und sie besser, professioneller und weitreichender zu machen.

Ich konnte die Potenziale und Qualifikationen, die ich bei meiner früheren Arbeit erworben hatte, gut für meine Tätigkeit als Geschäftsführer der Stiftung nutzen: Personalverantwortung, große Budgets verantworten, projektförmiges Arbeiten und das Wissen über Organisationsstrukturen, organisatorische Professionalität und Effizienz. Das in zivilgesellschaftliche Arbeit hineinzutragen, fand ich spannend.

Zunächst rückte damals etwas anderes in den Vordergrund: 2005 geriet die Stiftung in eine schwierige Situation, sogar ihre Existenz stand auf dem Spiel.

Ja, das war nach dem Regierungswechsel. Die rot-grüne Koalition, die die Stiftung eingerichtet hatte, wurde abgelöst durch Schwarz-Gelb. Hier gab es, insbesondere bei der FDP, Vorbehalte gegenüber einem solchen Förderinstrument des Landes, das als „grünes Projekt“ wahrgenommen wurde. Die Stiftung war von den Grünen im Koalitionsvertrag durchgesetzt worden und ein Teil der Funktionsträger in der Stiftung waren Grüne. Aber ich möchte betonen: Die Fördertätigkeit wurde auch in dieser ersten Zeit nicht von parteipolitischen Interessen geprägt. Die öffentliche Wahrnehmung war jedoch anders. Die FDP wollte den Stiftungszweck komplett ändern oder aber das Förderbudget der Stiftung auf ein Zehntel reduzieren.

Hinzu kam ein Rückgang der Überschüsse aus der Oddset-Sportwette, aus der wir damals komplett finanziert wurden. Anfang 2006 erfuhren wir, dass wir für 2005 Geld zurückzahlen mussten und 2006 und 2007 viel weniger bekommen würden. In wenigen Wochen waren wir um fünf Millionen Euro ärmer, als wir vorher angenommen hatten. Unsere Förderverpflichtungen gehen ja bis zu drei Jahre in die Zukunft, und wir mussten feststellen, dass wir auf eine Pleite zusteuerten.

In dieser Situation war die Intervention unseres damaligen Vorstandsvorsitzenden, des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Karl Lamers, entscheidend. Er protestierte bei der Landesregierung energisch gegen die Kürzungsabsichten, mit dem Ergebnis, dass uns zunächst 2,5 Millionen pro Jahr zugesichert wurden. Damit konnten wir die eingegangenen Förderverpflichtungen erfüllen, mussten aber auch eisern sparen: Mitarbeitende wurden entlassen, der Newsletter eingestellt und bis zum Frühjahr 2008 konnten wir praktisch keine neuen Förderungen vergeben.

Der erneute Regierungswechsel 2010 zu Rot-Grün brachte keine unmittelbare Änderung. Wir bekamen weiterhin knapp 2,5 Millionen Euro, inzwischen allerdings aus einem weniger schwankenden Pool aus verschiedenen Glücksspiel- und Lotteriemitteln. Nach den vorgezogenen Neuwahlen 2012 entschied dann

das Umweltministerium, uns aus seinem Etat zusätzlich zwei Millionen aus Steuermitteln zu überlassen. Außerdem hat später der Landtag entschieden, dass bei weniger Einnahmen aus Wettüberschüssen zum Ausgleich die Mittel vom Land erhöht werden. Diese Regelung gilt bis zum Ende der Legislaturperiode im Mai 2017.

In gewisser Weise verfolgt uns die Finanzierungskrise bis heute. Wir haben aus Vorsicht unseren Personalbestand nur sehr langsam wieder erhöht, das hat zur verzögerten Bearbeitung von Anträgen geführt. Erst jetzt kommen wir allmählich an einen Punkt, wo Antragsbearbeitung und Endverwendung im vorgesehenen Zeitraum möglich sind.



Foto: Land NRW/O. Tjaden

70 Jahre Nordrhein-Westfalen, 15 Jahre Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW – das passt! Seit seiner Gründung mit der Welt verflochten, engagiert sich unser Land auch international für die Umwelt und für nachhaltige Entwicklung. Mit diesem Anspruch hat unsere Stiftung über das gesamte Spektrum der von ihr geförderten Projekte hinweg Gutes bewirkt, Wichtiges in Gang gesetzt und zugleich das gesellschaftliche Bewusstsein und Engagement in diesen Bereichen gestärkt. Darauf kann sie stolz sein, allen voran ihr Geschäftsführer Eberhard Neugebohm. In diesem Jahr geht er in den verdienten Ruhestand. Für sein verdienstvolles Engagement danke ich ihm herzlich und wünsche ihm und der Stiftung Umwelt und Entwicklung alles Gute.

Hannelore Kraft
Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen und
Vorsitzende des Stiftungsrates

Was ist aus Ihren anfänglichen Zielsetzungen geworden: Höhere Qualität und stärkere Effizienz der zivilgesellschaftlichen Arbeit? Haben sich Ihre Hoffnungen erfüllt?

Ich denke schon. Unsere im Vergleich zu manchen anderen Förderinstitutionen relativ hohen Anforderungen sind für die Fördernehmer sicher ein bisschen anstrengend. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass wir durch die Form der Antragstellung und durch unsere Projektberatung einen Beitrag zur Qualität der Projekte und zur professionellen Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure leisten. Wobei Professionalität für mich nicht bedeutet, unbedingt unbezahlte Arbeit in bezahlte umzuwandeln, sondern die Qualität der Arbeit zu heben. Mir ist mit der Zeit aber auch ein Risiko der Fördertätigkeit deutlich geworden: Wir stoßen auf eine Situation und haben sie auch mit herbeigeführt, wo Organisationen sich manchmal zu sehr in der Förderlandschaft einrichten. Es ist gut, dass sie von uns und vielleicht auch von anderen Förderinstitutionen Geld für ihre Projekte bekommen. Aber der Anteil der Fördermittel an den finanziellen Ressourcen ist bei manchen Organisationen über lange Zeit außerordentlich hoch, die Eigenfinanzierung durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Sponsoring etc. dagegen sehr niedrig. Sich damit zu arrangieren ist, glaube ich, gegenüber der zivilgesellschaftlichen Autonomie ein kontraproduktives Element.



Foto: Frank Ufer

Nachhaltige Entwicklung, u. a. in den Bereichen interkulturelle Kompetenz, globales Lernen, Umwelt und Naturschutz, sind wichtige Schwerpunkte der Stiftung. Der Verein Mutoto ist der Stiftung und ihrem Geschäftsführer Eberhard Neugebohm bereits seit vielen Jahren eng verbunden. Vielschichtige Austauschprojekte wie die Deutschland-Tourneen unserer Theater- und Akrobatikgruppe Mutoto Chaud aus Kongo wurden dank der Unterstützung der Stiftung zu großen Erfolgen unserer Vereinsarbeit. Für Herrn Neugebohm war es darüber hinaus immer ein zentrales Anliegen, die Migrantengemeinschaft stärker in die Entwicklungszusammenarbeit einzubinden, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen und ihre Motivationen aufzugreifen.

Der Stiftung wünsche ich weiterhin viel Erfolg. Besonders Herrn Neugebohm möchte ich danken und ihm alles Gute, Gelassenheit und Glück für seine neue Lebensphase wünschen. Kwaheri!

Richard Nawezi
Vorsitzender Mutoto e.V., Münster



Foto: Cynthia Rühmeckorf

Da geht's lang: Eberhard Neugebohm bei seiner zweiten Stiftungsratssitzung im November 2004, neben ihm Peter Wahl von WEED.

Wäre es nicht sinnvoller, Strukturen statt Projekte zu fördern?

Unser Stifter hat festgelegt, dass wir Projekte fördern. Zur Unterstützung von Strukturen können wir nur durch die Förderung von Organisationsentwicklung beitragen. Ich denke, dass die Möglichkeit expliziter Strukturförderung unter Umständen mit den gleichen Mitteln größere Wirkung erzielen könnte als die Begrenzung auf Projekte. Im politischen Raum stößt so eine Idee aber immer auf große Ängste. Strukturförderung heißt institutionelle Förderung, und Politiker befürchten, sich Förderpflichtungen aufzuladen, die sie nicht wieder loswerden. Das muss nicht so sein, aber das ist der Grund, warum es kaum Förderinstitutionen gibt, die sich erlauben, Strukturförderung zu machen.

In der langen Zeit als Geschäftsführer gab es sicher eine Reihe von schönen Erlebnissen und Erfahrungen. Können Sie uns einige Beispiele nennen?

Ziemlich am Anfang meiner Tätigkeit kam ein Verein, SNOW aus Münster, der eine kleine Windkraftanlage gebaut und mit dem Erlös wiederum den Bau einer Windanlage in Weißrussland unterstützt hatte. Das lief alles recht gut und der Projektträger wollte nun in weiteren Ländern und in ganz anderen Größenordnungen Windkraftanlagen bauen. Das wäre organisatorisch für den Verein überhaupt nicht zu leisten und äußerst riskant gewesen. Ich habe dann den Vorschlag gemacht, die bisherigen Aktivitäten durch externe Fachleute evaluieren zu lassen und darauf basierend das Konzept zu überarbeiten. Diesen Prozess haben wir als Organisationsentwicklungsprojekt gefördert. Ein zentrales Ergebnis war die Gründung der Energiegenossenschaft fairPla.net, die bis heute existiert und im letzten Jahr von der Klimaexpo NRW als Vorreiterprojekt ausgezeichnet wurde.

Interessant waren auch viele Begegnungen mit Projektpartnern, wo ich bei Besuchen vor Ort erleben konnte, was mithilfe unserer Förderung realisiert wurde. Da gab es zum Beispiel ein kleines Hornissenprojekt des NABU Oberberg. Es ging dabei darum, einerseits Hornissen zu schützen und andererseits sich mit der Angst der Bevölkerung vor diesen Tieren auseinanderzusetzen, den Menschen zu zeigen, dass Hornissen nicht gefährlich sind. Wir sind dorthin gefahren und die Projektmitarbeiter haben das super gemacht. Die Besucher konnten ganz nah an Nistkästen herangehen und so ihre Ängste abbauen. Bei solchen Projektbesuchen

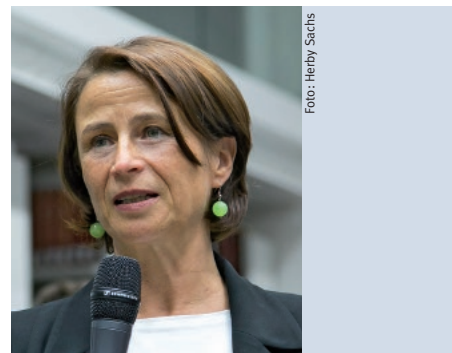


Foto: Herby Sachs

Die SUE hat in der NRW-Landschaft auf vorbildhafte Weise Gestaltungsräume für die vielfältigen regionalen Initiativen bis hin zu Kontinenten übergreifenden Projekten geschaffen und damit zur Bewusstseinsbildung über bedeutende Zukunftsthemen in unserer Welt beigetragen.

Eberhard Neugebohm stand dabei für die notwendige Vermittlung zwischen Politik und Zivilgesellschaft, für Netzwirkbildung und den Wissenstransfer zwischen Nord und Süd und vice versa ein. Große fachliche Kompetenz paarte sich bei ihm mit unermüdlichem Einsatz, Gewissenhaftigkeit und Unbestechlichkeit. Auch scheute er sich nicht, Mainstream-Argumentationen in der Eine-Welt-Arbeit zu hinterfragen oder auch zu kritisieren.

Ohne diesen geistreichen und humorvollen Kopf gäbe es auch nicht sein super Team, das den Antragstellern hochprofessionell, aber vor allem aufgeschlossen, verbindlich, hilfsbereit und freundlich begegnet.

Christa Morgenrath
Allerweltshaus Köln, Leiterin des Projektes
„Stimmen Afrikas“

spürt man das Engagement und sieht, dass die Projekte auch immer eine soziale Komponente haben, denn die Beteiligten wollen ja in der Gesellschaft Akzeptanz für ihr Anliegen finden.

Ein großes spektakuläres Projekt war 2010 unsere Beteiligung an der Tagung der Alternativen Nobelpreisträger zum 30-jährigen Bestehen der Right Livelihood Award Foundation. Wir haben zusammen mit der Foundation und der Stadt Bonn die Tagung ausgerichtet, mit einem relativ kräftigen Finanzierungsbeitrag.



Foto: Florian Sander/MKULNV

Mit der im Juni 2016 von der nordrhein-westfälischen Landesregierung beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie haben wir uns zur Aufgabe gemacht, die Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen auch für unser Bundesland zu einer Leitlinie des politischen und zivilgesellschaftlichen Handelns zu machen. Schon jetzt ist NRW nach Ausweis führender Ratingagenturen bundesweit vorn in Sachen Nachhaltigkeit. Daran haben die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und ihr scheidender Geschäftsführer Eberhard Neugebohm einen bedeutenden Anteil. Zivilgesellschaftliches Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung haben in den vergangenen 15 Jahren in der „SUE“ einen starken Partner, kompetenten Begleiter und professionellen Manager gefunden. Dafür gebührt ihrem langjährigen Geschäftsführer ein herzlicher Dank, verbunden mit dem Wunsch, die Stiftung möge auch in Zukunft dazu beitragen, das Nachhaltigkeitsland NRW noch nachhaltiger zu machen.

Johannes Rimmel
Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrates



Südafrika, son amour: Mit Nelson Mandela kam es zu einigen Begegnungen, Denis Goldberg wurde für Eberhard Neugebohrn zum Freund.



Foto: Land NRW/M. Hermelau

Mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen haben wir bereits seit 15 Jahren eine wichtige Förderinstitution. Über ihr breites Themenspektrum von Natur, Umwelt, Klima und Energie über Wirtschaft und Konsum bis zu Migration und interkulturellen Fragen ist sie zu einer wichtigen Säule für das vielfältige gesellschaftliche Engagement in unserem Land geworden. Ich schätze besonders die große entwicklungspolitische Expertise, wie sie sich beispielsweise bei den Aktivitäten zur 2030-Agenda der Vereinten Nationen und den Zielen für nachhaltige Entwicklung zeigt. In Herrn Neugebohrn hatten wir bei der Stiftung einen verlässlichen Ansprechpartner für den konstruktiven Austausch. Auch wenn wir ihn nun in den verdienten Ruhestand verabschieden, so hoffe ich, dass er der Stiftung weiterhin verbunden sein wird.

Franz-Josef Lersch-Mense
Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien
des Landes Nordrhein-Westfalen, Chef der Staatskanzlei und
stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrates

Als Landesstiftung haben wir dafür gesorgt, dass es nicht nur eine exklusive Tagung in Bonn gab, sondern dass hier und in anderen Städten in Nordrhein-Westfalen öffentliche Veranstaltungen mit den Preisträgern stattfanden. Das mussten wir erkämpfen, aber hinterher war die Right Livelihood Award Foundation sehr zufrieden.

Eine schöne Erfahrung war 2013 die Herausgabe einer Festschrift zum 80. Geburtstag von Denis Goldberg, dem südafrikanischen Freiheitskämpfer und Weggefährten von Nelson Mandela. Als die damalige Eine-Welt-Ministerin Angelica Schwall-Düren ihm bei einer Veranstaltung in Düsseldorf das Buch überreicht hat, da war der große, alte Mann wirklich gerührt. Das war für mich sehr bewegend, und dass inzwischen in Südafrika und den USA eine englische Ausgabe der Festschrift veröffentlicht wurde, ist ja auch ein schönes Ergebnis. Apropos Südafrika: Wir haben uns 2004 darum bemüht, den Aufbau eines deutschen Zweiges des Nelson-Mandela-Children's-Fund zu unterstützen. Das zog sich über Jahre hin und trotz sehr vieler Bemühungen ist es gescheitert. Die südafrikanische Mutterorganisation wollte uns aus Angst um den Missbrauch des Namens Mandelas nicht die Entscheidungsspielräume lassen, die wir für eine erfolgreiche Arbeit gebraucht hätten. Das war eine politische Niederlage. Allerdings hatte ich im Zusammenhang mit diesem Projekt das große Privileg, Nelson Mandela mehrfach persönlich begegnet zu sein.



Foto: Christof Wolff

Als ehrenamtlicher Vorsitzender einer Einrichtung zu fungieren, die öffentliche Gelder verwaltet, um sie dem von der Öffentlichkeit hochgeschätzten Zweck des ehrenamtlichen Engagements auf zwei ebenso hoch bewerteten Feldern wie Umwelt und Entwicklung zuzuführen und dafür vor der Öffentlichkeit und dem Geldgeber – hier also dem Land Nordrhein-Westfalen – geradezustehen, das kann man nur wagen, wenn man sich auf den hauptamtlichen Chef einer solchen Einrichtung uneingeschränkt verlassen kann. Das habe ich gekonnt, dafür bin ich Eberhard Neugebohrn uneingeschränkt dankbar. Ebenso Dank sagen muss ich ihm aber darüber hinaus für viele Gespräche, die mir hohen persönlichen Gewinn brachten für mein Verständnis der beiden entscheidenden Herausforderungen unserer Zeit – Umwelt und Entwicklung – für die Zukunft unserer Einen Welt.

Karl Lamers
ehemaliger Bundestagsabgeordneter
und von 2006 bis 2011 Vorstandsvorsitzender der Stiftung



Foto: Land NRW / R. Teller

Während meiner Amtszeit als für Entwicklungszusammenarbeit zuständige nordrhein-westfälische Ministerin war die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW für mich eine hochgeschätzte Partnerin. Unter der umsichtigen Leitung von Herrn Neugebohrn hat sie immer wieder innovative Projekte der Zivilgesellschaft gefördert. Besonders wichtig ist mir dabei die Verbindung von Umwelt und Entwicklung, denn die global notwendige große Transformation muss in unserer Gesellschaft beginnen und gelingen. Die von der Stiftung geförderten Projekte haben dazu beigetragen, den dafür erforderlichen Bewusstseinswandel in Gang zu setzen. Dafür meinen herzlichen Dank an Herrn Neugebohrn und alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stiftung.

Dr. Angelica Schwall-Düren
von 2010 bis 2015 NRW-Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsrates

Sie haben der Öffentlichkeitsarbeit, den Publikationen der Stiftung immer große Bedeutung beigemessen. Warum?

Zum einen ist Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen der Stiftung ein in unserer Satzung vorgegebener Auftrag. Zum anderen ist es eine Erfahrung der schwierigen Jahre, dass wir mit unserer schlichten Förderfähigkeit und der gelegentlichen Veröffentlichung lobender Artikel für geförderte Projekte nicht die für uns erforderliche Legitimität im politischen Raum gewinnen können. Die Stiftung operiert mit ihrer Förderfähigkeit in Handlungsfeldern, die oft politisch umkämpft sind. Mit den von uns geförderten Projekten greifen die jeweiligen Träger in Auseinandersetzungen ein, bei denen es auch um handfeste Interessen geht. Für diese Förderarbeit brauchen wir aber politische Legitimität. Mit den „Resultaten“, unserer neuen Website und auch mit dem Jahresbericht versuchen wir, diese Legitimität zu gewinnen, indem wir uns auch als ernst zu nehmender Diskurspartner positionieren. Das ist nach und nach entstanden, aber ich glaube, dass wir insgesamt eine gute Entwicklung gemacht haben, die auch geschätzt wird. Den Versuch, unter der politischen Wahrnehmungsschwelle zu segeln, halte ich für opportunistisch. Und auf Dauer wird man, wenn man nicht wahrgenommen wird, als zu vernachlässigende Größe angesehen. Solide und fachlich kompetente Öffentlichkeitsarbeit und Teilnahme an den einschlägigen politischen Diskursen ist meiner Meinung nach für die Stiftung von existenzieller Bedeutung.



Foto: Global Policy Forum

Die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW wurde 2001 gegründet, ausgerechnet in dem Jahr, in dem die Millenniumsentwicklungsziele „erfunden“ wurden, die den Entwicklungsdiskurs auf die Armutsbekämpfung im globalen Süden konzentrierten. Die Stiftung hat dagegen gesteuert. Sie hat gezielt Bildungsprojekte unterstützt, die das Bewusstsein für globale Zusammenhänge und ganzheitliche Entwicklungskonzepte förderten – und tut es immer noch.

Auch das Global Policy Forum hat davon profitiert. Ohne die Stiftung hätte es unsere Publikationen zu alternativen Wohlstandsmodellen, SDGs und 2030-Agenda nicht gegeben. Dabei hat uns Eberhard Neugebohrn immer motiviert, über den entwicklungspolitischen Mainstream hinaus zu denken. Zugleich treibt ihn die Frage um, wie wirtschaftliches Wachstum mit den ökologischen Grenzen und internationaler Gerechtigkeit in Einklang gebracht werden kann. Ich freue mich darauf, auch in Zukunft mit ihm darüber zu diskutieren.

Jens Martens
Geschäftsführer des Global Policy Forum
(New York und Bonn)



Foto: Till Winkelmann

Immer wieder interessant: Besuche bei Projektpartnern, hier im August 2012 im Arboretum in Bielefeld, gemeinsam mit NRW-Umweltminister Remmel und dem Projektleiter Hans-Joachim Banner.

Wo steht NRW in Sachen Nachhaltigkeit?

Das Land ist einerseits auf einem guten Weg. Es gibt neue Gesetze und mehrere Teilstrategien, etwa zur Biodiversität oder zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, die mit der Nachhaltigkeitsstrategie eine Art Dach bekommen haben. Andererseits wird Nordrhein-Westfalen da, wo reale Konsequenzen gefragt sind, den eigenen strategischen Ansprüchen nicht immer hinreichend gerecht. Ein Beispiel ist die Kohlepolitik: In NRW werden nach Berechnungen der Mercator-Stiftung dreimal mehr CO₂-Emissionen aus Braunkohle ausgestoßen, als es nach den Pariser Klimabeschlüssen sein dürften. Ähnlich sieht es beim Thema Verkehr aus: Erst im letzten Moment sind ein paar Sätze zum Thema Verkehrspolitik in die Nachhaltig-



Foto: NABU NRW

Die japanische Prinzessin Takamado, Ehrenpräsidentin von Birdlife International, besucht im Juni 2006 den NABU in Düsseldorf und freut sich über den „fairen“ Präsentkorb von Eberhard Neugebohrn.



Foto: DIE/Barbara Frommann

Die Stiftung Umwelt und Entwicklung trägt durch ihre Projektförderung wesentlich dazu bei, dass „nachhaltige Entwicklung“ in NRW stattfindet und durch vielfältige Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen vor Ort spürbar wird. Seit 2001 hat das Land damit in einen Schatz an Menschen, Kooperationsbeziehungen und Lernerfahrungen investiert, der nicht nur NRW dabei hilft, Zukunftsherausforderungen zu bewältigen. Das habe ich im Stiftungsrat immer wieder erfahren. Eberhard Neugebohrn hat die Geschäftsstelle mit großer Umsicht und Gespür für neue Themen und Partner geleitet. Er hat bewiesen, dass die Stiftung gleichzeitig engagiert und unabhängig handeln kann. Dafür gebührt ihm großer Dank! Nachhaltige Entwicklung ist ein großer Begriff, dessen konkrete Bedeutung sich mit den gesellschaftlichen Realitäten wandelt. Dass die Zivilgesellschaft daran auch praktisch beteiligt ist, ermöglicht die Stiftung – dafür werden wir sie noch lange brauchen!

Dr. Imme Scholz
stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für
Entwicklungspolitik (DIE) und Mitglied des Stiftungsrates

keitsstrategie aufgenommen worden. Grundsätzlich muss man sagen, dass NRW beim Thema Nachhaltigkeit mit einem erheblichen Kohärenzproblem zu kämpfen hat.

Welche Rolle spielt die Stiftung beim Nachhaltigkeitsprozess?

Wir tragen mit unserer Förderung, aber auch mit unseren Veröffentlichungen dazu bei, dass eine öffentliche Meinung in Richtung Nachhaltigkeit gestützt wird oder sich entwickelt. Was die Strategien betrifft: Deren Entwicklung haben wir in unterschiedlicher Form kritisch-konstruktiv begleitet. Bei der Nachhaltigkeitsstrategie war ich Mitglied in dem vom Wuppertal-Institut organisierten „Team Nachhaltigkeit“, bestehend aus verschiedensten Akteuren in NRW, die Anregungen und Verbesserungsvorschläge formuliert haben. Bei der Strategie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung waren wir mitverantwortlicher Träger der BNE-Agentur, haben eine Mitarbeiterin dorthin entsandt und den Erstellungsprozess mit gesteuert.

Was plant ein so engagierter und aktiver Mensch wie Sie für den „Ruhestand“?

Ich freue mich, dass ich mehr Zeit haben werde, mein privates soziales Leben wieder ein bisschen auszubauen und meinen kulturellen Interessen deutlich mehr nachgehen zu können als bisher. Aber ich bin und bleibe natürlich ein politischer Mensch, der sich für Themen der Nachhaltigkeit weiterhin interessiert und einsetzt. Allerdings werde ich nicht direkt irgendwo ein verbindliches Engagement eingehen, sondern mich erst einmal in Ruhe in meinem neuen Leben einrichten.

Das Interview führten Bernd Pieper und Christel Schwiederski.

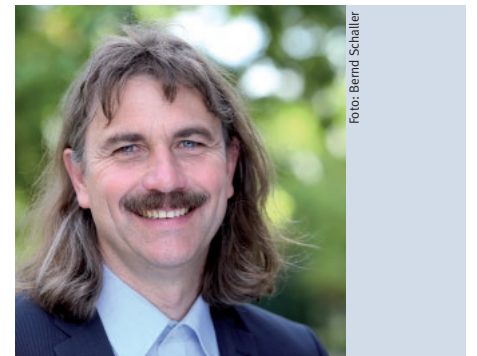


Foto: Bernd Schaller

Die Idee für die Stiftung wurde in meiner Heimatstadt Münster geboren. Es wurde das erfolgreichste gemeinsame Projekt vom Eine Welt Netz NRW und NABU NRW überhaupt. Ich freue mich, dass die Stiftung ihre früheren existenziellen Krisen längst überwunden hat und heute ein fester Bestandteil eines welt-offenen und engagierten Nordrhein-Westfalen ist. Wir brauchen die Stiftung und ihre Möglichkeiten mehr denn je.

Josef Tumbrinck
Vorsitzender des NABU NRW und
von 2001 bis 2011 Mitglied im Stiftungsvorstand

30 Jahre FIAN

Für das Menschenrecht auf Nahrung

FIAN Deutschland wurde 1986 als Teil des internationalen FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerks (FIAN International) gegründet. FoodFirst umschreibt das zentrale Thema der Organisation, nämlich den Kampf für das Menschenrecht auf Nahrung. Eine gewaltige Aufgabe, schließlich leiden nach Angaben der Vereinten Nationen weltweit rund 800 Millionen Menschen Hunger. Ins Zentrum seiner Arbeit stellt FIAN die Mitverantwortung von Politik und Unternehmen am globalen Problem der Unterernährung, organisiert dazu Kampagnen und betreibt Lobby- und Bildungsarbeit.

FIAN Deutschland hat mehr als 1.000 Mitglieder, die in überregionalen Themen-Arbeitskreisen und aktuell sieben lokalen Gruppen organisiert sind. Bei der jährlichen Mitgliederversammlung wird über die Strategie und die Arbeitsschwerpunkte für FIAN Deutschland entschieden. Die Mitgliederversammlung entsendet zwei Delegierte in das oberste Gremium von FIAN International, den Internationalen Rat. Der Rat fällt die für die Gesamtorganisation wichtigsten Entscheidungen und wählt den Vorstand von FIAN International.

FIAN Deutschland hat in den vergangenen 30 Jahren einiges bewegt. So unterstützte FIAN 2007 die damals neu gegründete Gewerkschaft der ugandischen Blumenarbeiterinnen „Uganda Horticultural and Allied Workers' Union“ mit einer groß angelegten Briefaktion an den Verband der ugandischen Blumenexporteure. Dieser starke Rückhalt aus Deutschland trug dazu bei, dass ugandische Gewerkschafter in den Betrieben Seminare zu Arbeitsrechten durchführen konnten und Betriebsräte zugelassen wurden.

Von 1997 bis 2011 setzte sich die FIAN-Gruppe Marl für ehemalige Kaffeepflückerinnen der Finca Nueva Florencia in Guatemala ein, die nach der Gründung einer Gewerkschaft entlassen worden waren. 2011 erhielten die Landarbeiterinnen endlich eine Entschädigung für nicht gezahlten Lohn sowie zusätzlich ein Stück Land. 2010 führten FIAN-Recherchen über die Beteiligung der Deutsche-Bank-Tochter DWS an einem thailändischen Zuckerkonzern, der rund 400 Familien brutal von ihrem Land vertrieben hatte, zu einer umfangreichen Berichterstattung in den Medien. Anfang 2011 stieß die DWS ihre Anteile an der Zuckerfirma Khon Kaen Sugar Industry schließlich ab. „Wichtig bei die-



Entschädigung nach langem Kampf für die Kaffeepflückerinnen der Finca Nueva Florencia

sen und anderen Beispielen ist, dass der Erfolg nur in enger Kooperation mit den Betroffenen oder Partnerorganisationen vor Ort erzielt werden konnte“, betont Gertrud Falk von FIAN Deutschland.

Derzeitiger Arbeitsschwerpunkt von FIAN Deutschland ist der 1966 geschlossene UN-Sozialpakt. Die darin verfassten Rechte reichen von Arbeit und Gewerkschaftsfreiheit über Soziale Sicherung, einen angemessenen Lebensstandard, Gesundheit und Bildung bis zur Teilnahme am kulturellen Leben und der Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Das Recht auf Nahrung ist dem Recht auf einen angemessenen Lebensstandard zugeordnet.

Bis heute haben 164 Staaten den UN-Sozialpakt ratifiziert. Damit verpflichten sie sich, diese Rechte der Bevölkerung zu respektieren, zu schützen und zu verwirklichen. In manchen Staaten haben sie Verfassungsrang. In Deutschland gelten sie wie einfache Gesetze. Noch nicht unterzeichnet hat Deutschland das 2010 verfasste Zusatzprotokoll zum Individualbeschwerdeverfahren. Dadurch erhalten Opfer von Menschenrechtsverletzungen die Möglichkeit, ihren Fall vor einem internationalen Gremium prüfen zu lassen, wenn sie auf der nationalen Ebene kein Recht erhalten haben. FIAN fordert den Bundestag auf, das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt endlich zu ratifizieren.

In Rahmen eines von unserer Stiftung mit 56.380 Euro geförderten Projekts (E-4895) bietet FIAN zum 50-jährigen Bestehen des UN-Sozialpakts Bildungsveranstaltungen zum Sozialpakt und zu Menschenrechten an. Diese werden in Kooperation mit Volkshochschulen, städtischen Einrichtungen und Universitäten konzipiert und durchgeführt. Im Vorfeld der Veranstaltungen wurden Multiplikatoren geschult, die das Projekt begleiten. Weitere Projektbestandteile sind die Kantinenaktion „Mahlzeit für Menschenrechte“ sowie die Produktion von Videoclips und weiteren Materialien.

➔ Weitere Informationen unter www.fian.de

Foto: FIAN

Umgeblättert

Interessantes aus umwelt- und entwicklungspolitischen Zeitschriften



Grüne Welle

Urban Gardening, Insektenhotels auf Balkonen, Selbstversorgung aus Schrebergärten, begrünte Fassaden, blühende Industriebrachen und eine Artenzahl, die jene ländlicher Regionen mitunter deutlich übertrifft: Die Stadt als Hort biologischer Vielfalt und naturnaher Lebensformen ist seit Jahren auf dem Vormarsch.

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift **natur** beschreibt anhand vieler Beispiele, wie die „Grüne Welle“ das Leben in den Städten lebenswerter und gesünder macht. Dabei geht es nicht alleine um bepflanzte Häuserwände oder üppig wuchernde Hinterhöfe, sondern auch um technische Optionen, wie etwa kleine Windenergieanlagen, die auf Dächern oder in Vorgärten installiert werden können. Ein Heft voller interessanter Anregungen.

natur wird monatlich von der Konradin-Verlagsgruppe herausgegeben. Die Zeitschrift will zum Staunen über die Schönheit der Natur einladen und gleichzeitig die aktuelle Umwelt- und Naturschutzpolitik verständlich machen.

→ Weitere Informationen unter www.natur.de

Interessante Informationen zu Urban-Gardening-Projekten vermittelt auch eine neue Broschüre des Umweltministeriums NRW: Gemeinsam gärtnern in der Stadt – Praxisbeispiele aus Nordrhein-Westfalen. Die Publikation zeigt, wie Gemeinschaftsgärten stadtökologische und soziale Facetten verbinden und zur nachhaltigen Quartierentwicklung beitragen.

→ Download und Bestellung unter <http://k-urz.de/b295>



Umstellung

Die konventionelle Landwirtschaft bei uns steckt in der Krise. Die miserable Situation auf dem Weltmarkt und der Preisdruck durch den Handel zwingen immer mehr Betriebe zur Aufgabe. Dagegen erscheint der ökologische Landbau auf den ersten Blick geradezu stabil, mit steigender Nachfrage und konstanten Preisen. Eigentlich müssten also mehr als die 13 Prozent aller Landwirte in Deutschland, von denen eine aktuelle Umfrage ausgeht, am Ökolandbau interessiert sein. Die Realität sieht jedoch anders aus: Das liegt nicht zuletzt an den hohen, vor allem durch den Energiepflanzenboom ausgelösten Pachtkosten für landwirtschaftliche Flächen.

Weitere Gründe, warum kaum Betriebe von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft umstellen, untersucht die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift **Ökologie & Landbau**. Dabei suchen die Autorinnen und Autoren Antworten auf folgende Fragen:

- Welche Barrieren gibt es für Landwirte, die auf Biolandbau umstellen wollen?
- Welche politischen Vorgaben könnten helfen?
- Was kann Beratung besser machen als bislang?

Ökologie & Landbau erscheint vierteljährlich im oekom-Verlag und sieht sich als Vordenkmedium für eine ökologische Agrar- und Ernährungskultur. Die Zeitschrift will Diskussionen und Meinungsbildung anstoßen, die Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus fördern und dafür Wissenschaft, Praxis und Entscheidungsträger vernetzen.

→ Weitere Informationen unter www.oekom.de/zeitschriften/oekologie-landbau



Vom Umgang mit Flüchtlingen

Seit mehr als einem Jahr beschäftigen sich Politik, Gesellschaft und Medien intensiv mit dem Thema Flüchtlinge. Das geschieht fast immer aus deutscher oder europäischer Perspektive und bezieht sich nur auf einen relativ kleinen Teil der mehr als 65 Millionen Menschen, die Ende 2015 weltweit auf der Flucht waren.

Die Zeitschrift **südostasien** lenkt in ihrer Ausgabe 2/2016 „Flucht – Zuflucht?“ den Blick auf den Umgang mit Geflüchteten in Südostasien. Neben Überblicksartikeln geht es um die Situation in Indonesien, Kambodscha, Myanmar, Philippinen, Thailand und Vietnam. So wird zum Beispiel in mehreren Artikeln das Schicksal der Rohingya thematisiert, die als muslimische Minderheit in Myanmar verfolgt werden. Erst nach langem internationalen Druck und Finanzierungszusagen erklärten sich Indonesien und Malaysia bereit, den Rohingya Asyl zu gewähren. Interessant auch ein Beitrag zu einem Abkommen zwischen Australien und Kambodscha: Für rund 28 Millionen Euro soll eins der ärmsten Länder Asiens von Australien abgelehnte Flüchtlinge aufnehmen. Eine Art EU-Türkei-Deal also und bisher ähnlich folgenlos.

südostasien erscheint vierteljährlich und informiert über die Länder dieser Region und ihre Beziehungen nach Europa. Herausgeber sind die Südostasien Informationsstelle und das Philippinenbüro in Zusammenarbeit mit der Stiftung Asienhaus

→ Weitere Informationen unter www.asienhaus.de

... verschiedenen Projekten zur Produktion von Sportbekleidung?

Teure Sportbekleidung ist extrem angesagt, nicht nur bei jungen Leuten. Kaum ein Paar Füße unter 40, das im letzten halben Jahr nicht in Schuhen der Adidas-Retromarke „Stan Smith“ steckte. Wenn dann noch ein populärer Weltstar wie die Popsängerin Rihanna (angeblich) einen neuen Schuh der Marke „Puma“ designed, ist das Modell innerhalb weniger Wochen ausverkauft.

Besonders sportliche Großereignisse, wie die Fußball-Europameisterschaft oder die Olympischen Spiele 2016, werden zu regelrechten Materialschlachten der Sportartikelhersteller. Zu groß ist die Hoffnung, über die Aura sportlicher Helden künftig auch beim weniger trainierten Publikum Kasse zu machen. Ganz vorne sind die beiden Marken Nike und Adidas, die sich bei der letzten Fußball-Weltmeisterschaft 2014 den Großteil des Kuchens aufteilten.

Beide Finalisten der WM 2014 trugen Trikots von Adidas. Das neue Weltmeistertrikot der deutschen Nationalmannschaft mit jetzt vier Sternen kostete im Handel 84 Euro. Das brachte Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, auf die Palme: Er verwies auf den absurd gerin-

gen Lohn und die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in Asien, Afrika und Südamerika durch europäische Konzerne.

Die enorme Diskrepanz zwischen den Gewinnen der Großkonzerne und den miserablen Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsbranche stand auch im Zentrum mehrerer von unserer Stiftung geförderter Projekte. Der Verein Vamos aus Münster richtete sich vor der Fußball-EM 2012 und der Fußball-WM 2014 mit einer Kampagne insbesondere an Schülerinnen und Schüler. Bei Projekttagen und Multiplikatorenschulungen kamen die von Vamos entwickelte und mehrfach aktualisierte Ausstellung „TrikotTausch“ sowie ein „Sportkoffer“ mit Unterrichtsentwürfen, Broschüren und Filmen zum Einsatz. Außerdem entwickelte der Verein weitere pädagogische Materialien und machte mit Flyern und einem Newsletter auf das Thema aufmerksam.

Vor allem vor der WM in Brasilien überstiegen die Resonanz auf die Veranstaltungsangebote sowie die Wünsche nach Entleihung der Ausstellung die Erwartungen von Vamos. Unsere Stiftung hat die Projekte „TrikotTausch – Die zwei Seiten der Sportbekleidungsproduktion“ und „Sportbekleidung und Ich – für eine



gerechte Welt(Meisterschaft)“ mit insgesamt 56.103 Euro gefördert.

Ebenfalls vor der WM 2014 machte die Christliche Initiative Romero (CIR) mit der Kampagne „Fit For Fair“ (Fördersumme: 26.633 Euro) auf die schlechten Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsproduktion aufmerksam. Die von CIR nach Deutschland eingelaufene Gewerkschafterin und ex-Adidas-Näherin Estela Ramirez aus El Salvador konfrontierte die Adidas-Aktionärsversammlung im Mai 2014 mit den Hungerlöhnen, die man bei der Fertigung von Adidas-Produkten verdient. In El Salvador beträgt der monatliche Mindestlohn einer Adidas-Näherin 202 US-Dollar brutto.

Nach offiziellen Berechnungen der Regierung von El Salvador betragen die Kosten allein für den Grundwarenkorb von Nahrungsmitteln 174 Dollar für eine vierköpfige Familie. Über eine Protestaktion mit einer „dunkelgelben Karte“ forderte CIR Adidas dazu auf, menschenwürdige Löhne zu zahlen. Kirsten Clodius von CIR verweist auf die große Bedeutung einer effizienten Medienarbeit und erinnert an einen Höhepunkt der Kampagne in 2014: „Ein Highlight war die Zuschaltung von unserer Südpartnerin Frau Ramirez in der ZDF-Sendung ‚Die Anstalt‘. Sie kam dort als ehemalige Näherin einer Zulieferfabrik von Adidas zu Wort und beeindruckte viele Zuschauer.“

➔ Weitere Informationen unter

www.vamos-muenster.de,

www.ci-romero.de

sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4760, E-4860 und E-4863



Die Ausstellung „TrikotTausch“ in den Münsterarkaden

Foto: Vamos e.V.

Neu geförderte Projekte

16. Mai bis 31. Juli 2016

Fördervolumen: 898.795 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, I = Interkultur, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Sozialverträgliche Patentverwertung in NRW Gesundheit und Dritte Welt e. V. 1.8.2016–31.7.2018 E-4911 65.300 € Die meisten Medikamente haben ihren Ursprung in öffentlich finanzierter Forschung. Durch Exklusivlizenzen sind sie für Menschen im globalen Süden oft nicht zugänglich oder nicht erschwinglich. Das Projekt soll dazu beitragen, diese Situation zu verbessern. Mit Veranstaltungen, Publikationen und Beratungsangeboten richtet es sich an Studierende und an Mitarbeitende von Patentverwertungsagenturen und öffentlichen Forschungseinrichtungen.	Lernfeld Kommune für Klimaschutz Energie- und Umweltzentrum am Deister e. V. 1.7.2016–31.12.2018 U-3670 16.918 € Untersuchungen in 20 Kommunen sowie Veranstaltungen, Publikationen und Beispielprojekte sollen dazu beitragen, Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen stärker in kommunale Klimaschutzprozesse einzubinden.
Blended Learning mit Einsatz in Afrika Verein kamerunischer Ingenieure und Informatiker Ruhrbezirk e. V. 11.6.2016–31.8.2016 E-4928 5.000 € Symposium zu Ergebnissen eines Projekts mit Online-Phasen und Präsenz-Veranstaltungen, bei dem in Deutschland lebende, aus Afrika stammende Experten angehende kamerunische und äthiopische Ingenieure zu verschiedenen Themen qualifiziert haben.	Agora Köln/Tag des guten Lebens Institut Cultura21 e. V. 1.7.2016–30.9.2018 U-3676 131.098 € Durchführung von zwei autofreien „Tagen des guten Lebens“ in Kölner Stadtteilen. Außerdem soll die inhaltlich-politische Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeitsthemen durch Veranstaltungen, eine engere Vernetzung und eine kontinuierliche Stadtteilarbeit verstärkt werden.
Wir sind Afrika Vielfalt verbindet e. V. 15.7.2016–31.8.2016 E-4943 4.998 € Im Rahmen des dreitägigen Afrika-Orient-Kulturfestivals in Bonn werden im „Kulturzelt“ Lesungen, Vorträge und Podiumsdiskussionen angeboten, die aktuelle Themen aus afrikanischen und orientalischen Gesellschaften aufgreifen.	Statt-Garten im Ostersbaum Kopp auf! Wuppertaler Initiative für nachhaltige Entwicklung e. V. 1.9.2016–31.8.2017 U-3677 3.613 € Workshops, Seminare, Austauschtreffen und beispielhafte Bepflanzungen sollen Familien zum urbanen Gärtnern motivieren.
AKWAABA – Afrika in Köln Deutsch-Afrikanische Kooperation e. V. 1.6.2016–31.12.2016 I-6137 5.000 € Eintägiges Afrika-Forum der afrikanischen Diaspora mit Diskussionen, Vorträgen, Workshops und Kunstdarbietungen, um eine stärkere Vernetzung und eine bessere öffentliche Wahrnehmung der afrikanischen Diaspora und ihres Engagements zu erzielen.	Das Universum unter unseren Füßen European Land and Soil Alliance e. V. 1.7.2016–31.8.2017 U-3688 5.000 € Mit einem Umweltmobil, das für die Untersuchung von Böden ausgestattet ist, lernen Kinder etwas über die Bedeutung und den Wert gesunder Böden.
Umwelt-Chancen Fraueninitiative für Bildung und Erziehung e. V. 1.7.2016–31.12.2016 I-6139 4.679 € Projektwoche an einer Bonner Gesamtschule zu Umweltberufen, mit Exkursionen, Workshops und Kompetenztrainings, die insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund auf diese Berufe aufmerksam machen sollen.	Besser Essen – Gründen für die Ernährungswende Cool Ideas Society e. V. 1.7.2016–31.10.2016 Z-5352 4.988 € Veranstaltungen zur Gründung von Initiativen und Unternehmen, die sich für nachhaltige, regionale, saisonale und gesunde Ernährung engagieren.
Veranstaltungen und Koordination Gebäudeallianz NRW KlimaDiskurs.NRW e. V. 1.4.2016–31.3.2019 U-3664 616.164 € Weiterentwicklung und Durchführung verschiedener Veranstaltungsformate, um relevante Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik miteinander ins Gespräch zu bringen. Neu sind u. a. Klimadiskurse in den NRW-Landesvertretungen in Brüssel und Berlin. Sie dienen dazu, relevante Richtlinien, Gesetze und politische Initiativen zu diskutieren, die einen wesentlichen Einfluss auf die Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen haben. Außerdem übernimmt der Projektträger den weiteren Aufbau und die Koordination der „Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz“.	Buy good stuff: Fair Fashion Shopping Guide Köln FEMNET e. V. 1.7.2016–31.12.2016 Z-5354 32.324 € Erstellung eines Einkaufsratgebers zu fair und ökologisch produzierter Kleidung in Köln, in Kooperation mit der Düsseldorfer Akademie für Mode und Design. Basis sind die Ergebnisse eines Semesterprojekts, bei dem Studierende Kölner Einzelhändler zum Thema öko-faire Mode befragt hatten. Der in 10.000 Exemplaren gedruckte Einkaufsratgeber wird durch eine Webseite ergänzt.
	Kleinbäuerliche Landwirtschaft und Ökologie Zimbabwe Netzwerk e. V. 13.5.2016–31.7.2016 Z-5355 3.713 € Veranstaltungen und Broschüre zu den Folgen des Klimawandels für die ländliche Bevölkerung in Zimbabwe und zu weiteren ökologischen Problemen.



Afrika-Filmfestival in Köln Cool, visionär & kreativ

83 Filme aus 25 Ländern Afrikas, aktuelle Produktionen, von denen viele auf den wichtigsten Festivals des Kontinents mit Preisen bedacht wurden, Diskussionen mit 30 internationalen Gästen, vier Live-Musik-Acts, ein Sudan-Special mit Refugee-Band, eine Ausstellung, eine Lesung sowie Schul- und Kindervorführungen – das bietet das Programm des 14. Afrika-Filmfestivals von FilmInitiativ Köln e.V., das vom 15. bis 25. September 2016 stattfindet.

Ghana-Reise Impuls zur Nachhaltigkeit

Der Verein Exposure- und Dialogprogramme (EDP) bietet Fach- und Führungskräften aus Kakaowirtschaft, Politik, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft die Gelegenheit, bei einer Reise nach Ghana die Situation von Kakaobauern kennenzulernen und Einblicke und konkrete Erfahrungen zur nachhaltigen Kakaowertschöpfung zu gewinnen. Das CARE-Ghana-Landwirtschaftsteam und bäuerliche Familien, die von einem gesponserten Beratungsprogramm profitieren, vermitteln in diesem Exposure- und Dialogprogramm Einblicke in die Lebens- und Produktionsverhältnisse vor Ort. Ein weiterer Kooperationspartner ist die Firma Bühler, ein nordrhein-westfälischer Hersteller von Maschinen zur Schokoladenverarbeitung. Die Reise findet vom 4. bis zum 10. Dezember 2016 statt.

→ Weitere Informationen <http://edpev.de/>

Thematischer Schwerpunkt ist in diesem Jahr „Sisters in African Cinema“ mit 33 Spiel-, Dokumentar- und Kurzfilmen aus 13 afrikanischen Ländern. Dank der Unterstützung der Kulturstiftung des Bundes wurde nicht nur die deutsche Untertitelung vieler Filme möglich, sondern auch die Einladung zahlreicher Regisseurinnen zum Festival sowie die Vermittlung von Frauenfilmen und Filmemacherinnen in 16 weitere bundesdeutsche Städte.

Zur Verleihung der Publikumspreise für den besten Spielfilm und die beste Dokumentation wird die Rapperin AWA (African Women Arise) aus Zimbabwe auftreten, bevor das Festival mit dem marokkanischen Abschlussfilm „L' Orchestre des aveugles“ am 25.9. zu Ende geht.

→ Weitere Informationen auf der Internetseite www.filme-aus-afrika.de, die von unserer Stiftung gefördert wurde.

Workshops der Stiftung Von Antrag bis Abrechnung

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in unseren Workshops beantworten.

In diesem Jahr gibt es noch zwei Termine: **28. September** und **7. Dezember**. Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr.

→ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung mit den kompletten Kontaktdaten Ihrer Organisation per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an marion.ostermann@sue-nrw.de. Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.



Messe

„Fair Friends“ mit neuem Konzept

Die Fair-Trade-Messe in Dortmund hat Tradition. In diesem Jahr hat sie sich breiter aufgestellt, mit den zwei zusätzlichen Themen „Neue Lebensmodelle“ und „Gesellschaftliche Verantwortung“. Ein umfangreiches Angebot an nachhaltig sowie fair orientierten Produkten, Dienstleistungen, Lebens- und Unternehmensmodellen gehört genauso zum Spektrum wie ein vielschichtiges Forenprogramm mit fachlichen wie auch verbrauchernahen Beiträgen. Die Messe findet vom 1. bis 3. September in den Westfalenhallen statt.

Den Auftakt der „Fair Friends“ macht am Messedonnerstag, um 10 Uhr, die 3. Kommunale Nachhaltigkeitstagung NRW „Zukunftsfähiges Handeln der nordrhein-westfälischen Städte, Gemeinden und Kreise“. Ein Programmhöhepunkt am 2. September ist die „Delinale – ein Food-Festival über den Wandel dessen, was wir trinken und essen“.

→ Weitere Informationen www.fair-friends.de

Impressum

Ausgabe August 2016 | ISSN 2196-9507



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn



Mit der Ausgleichszahlung für die CO₂-Emission wird ein Energieeffizienz-Projekt in Nordrhein-Westfalen unterstützt. Gedruckt auf Inapa Oxygen silk, FSC-zertifiziert, aus 100% Altpapier

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im November 2016. Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de